

rundschreiben
02/25



medico international



After Aid

Globale Gesundheit: Wenn Hilfe abgeschafft wird | Medien: Wenn keiner mehr hinguckt | Gaza: Wenn auf einmal alle dagegen sind

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 02/25

4 Editorial

DER LEITARTIKEL

6 Ab jetzt dagegen

Die Unterstützung für Israels Krieg in Gaza schwindet



DIE NEUE KÄLTE

12 Krise im Endstadium

Um die Weltgesundheitsorganisation steht es schlecht wie nie

16 Der Schaden ist irreversibel

Interview mit Mark Heywood zum Ende von USAID

19 Wenn die Welt sich abwendet

Somalische Stimmen zum Rückzug des Westens aus der Hilfe

20 Projekte / Projektionen

Afghanistan, Mosambik, Ägypten

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Christian Sälzer, Karoline Schaefer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat: Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, Privat

Juni 2025

Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

DIE REPORTAGE

- 22 **Restvernunft**
Gespräche mit Menschen, die in Israel gegen den Krieg aufstehen



LET'S GET TOGETHER

- 30 **Drahtseilakt**
Mithat Sancar über Frieden und Demokratisierung in der Türkei
- 34 **Deserteure aller Länder**
Hilfe für diejenigen, die sich dem Ukraine-Krieg entziehen
- 38 **Barbarei und Hoffnung**
Die Auseinandersetzungen um ein neues Syrien gehen weiter
- 41 **Falscher Frieden**
Geschichte und Gegenwart des Bürgerkriegs im Libanon
- 44 **Alle in Sicherheit?**
El Salvadors Autoritarismus macht Schule

- 48 **Was heißt hinsehen?**

Andrea Böhm über die Rolle der Medien beim Verschwindenlassen der Welt



DAS INTERVIEW

- 52 **Man muss das autoritäre Begehren begreifen**
Klimakrise, Männlichkeit und der neue Autoritarismus. Ein Gespräch mit Cara Daggett
- 58 **medico aktiv**
Fonds für Bewegungsfreiheit, Film aus Südafrika, Gaza-Benefizkonzerte
- 60 **Spenden & Stiften**
...und Bestellen & Verbreiten
- 62 **Wahrheit und Gerechtigkeit**
Das medico-rundschreiben vor 25 Jahren

Das alte medico-Credo „Hilfe verteidigen, kritisieren, überwinden“ hat sich in den letzten Monaten auf die Notwendigkeit reduziert, die Hilfe gegen ihre Abschaffung zu verteidigen

Liebe Leser:innen

„Beyond Aid“ lautete der Titel einer internationalen Hilfe-Konferenz, die medico 2014 in Frankfurt veranstaltete. Im Ankündigungstext hieß es an zentraler Stelle: „Wie lässt sich verhindern, dass die Idee globaler Verantwortung zur Legitimation machtpolitisch motivierter Interventionen verkommt? Was ist erforderlich, um die Universalität der Menschenrechte nicht einfach nur zu konstatieren, sondern für alle zu verwirklichen?“ Das liest und fühlt sich heute nach guten alten Zeiten an. Und es ist beinahe erschreckend, wie viel Optimismus vor mehr als zehn Jahren einer schon damals in der NGO-Welt eher für ihren kritischen, teils illusionslosen Ton bekannten Organisation möglich war, ohne dabei aus ihrer Rolle zu fallen. Doch wie man „von der Wohltätigkeit zur Solidarität“, so der Untertitel der Konferenz, kommt, war damals eine völlig angemessene Frage für eine Frankfurter „Hilfsorganisation des organisierten Pessimismus“, in der wohl alle ihren Adorno gelesen hatten.

Adorno muss man heute für vieles nicht mehr lesen. Es reicht ein Blick in die Zeitung. Das auch im Rahmen der Konferenz immer wieder bemühte alte medico-Credo „Hilfe verteidigen, kritisieren, überwinden“, das Ausdruck der Idee des Fortschritts der Demokratie, angewandt auf den Alltag einer NGO war, hat sich nicht zuletzt in den letzten Monaten auf die Notwendigkeit reduziert, die Hilfe vor ihrer Abschaffung oder dramatischen Einschränkung zu verteidigen. Denn ein großer Teil der herrschenden Eliten des Westens hat sich darauf verständigt, bestimmte unverwirklichte Ideale nur noch für sich geltend zu machen, für alle anderen aber zu entsorgen – und mit ihnen die sich zumindest in Hilfsprogrammen ausdrückende Verantwortung für die Welt.

„After Aid“: Das ist daher zwar nicht der Titel einer weiteren medico-Konferenz, steht aber auf dem Titel dieses Rundschreibens. Wir meinen das

keinesfalls als Abgesang, sind jedoch überzeugt, dass auch für die Hilfe und ihre Akteure eine neue Zeit mit neuen Fragen angebrochen ist. Dass Hilfe nicht nur unter Beschuss steht, sondern ihre Mechanismen auch Teil des Beschusses sein können, darüber berichtet Riad Othman in seinem Leitartikel. Er kritisiert die fast vollständige israelische Kontrolle über die Hilfslieferungen nach Gaza, in deren Folge die dortige Bevölkerung seit Monaten systematisch ausgehungert wird. Er fragt aber auch, ob Hilfe allein eine Antwort sein kann. medico-Kollege Felix Litschauer schreibt in seinem Bericht von der Weltgesundheitsversammlung über die dramatische Lage der WHO, der auch mit dem neuerlichen Rückzug der USA zu tun hat. Mark Heywood erklärt im Gespräch am Beispiel der südafrikanischen HIV-Bekämpfung, welche dramatischen Folgen sich aus dem neuen Kurs der USA und des Westens allgemein ergeben. Im hinteren Teil des Heftes schreibt die ZEIT-Journalistin Andrea Böhm, wie diese Prozesse auch in der Auslandsberichterstattung und einem Wandel des Journalismus widerhallen. Der Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den sie im Mai auf dem Symposium der medico-Stiftung hielt.



Mario Neumann ist verantwortlicher Redakteur des medico-rundschreibens. Im hinteren Teil des Heftes schreibt er über russische und ukrainische Kriegsdienstverweigerer.

In den letzten Monaten haben Leute wie Donald Trump nicht nur mit äußerster Brutalität gehandelt. Paradoxerweise waren sie auch dafür verantwortlich, dass die Frage des Friedens wieder Teil der Debatte um die großen Kriege dieser Zeit wurde. Waren die Inszenierungen als Friedensstifter und die imperiale Zurechtweisung der Ukraine weder glaubwürdig noch sympathisch, so haben sie dennoch dazu beigetragen, dass an manchen kriegsbegeisterten Orten ein langsames Umdenken stattzufinden scheint – ob über die bedingungslose Unterstützung Israels oder die einzig auf einen militärischen Sieg enggeführte Ukraine-Strategie des Westens. Die Ergebnisse sind abzuwarten, aber da Waffenproduktion, -export und Aufrüstung weitergehen, bleiben wir skeptisch.

Dennoch dreht sich unser zweiter Schwerpunkt des Heftes um die paradoxen Bedingungen, unter denen Frieden auch heute möglich werden kann. Während Anita Starosta aktuelle Entwicklungen in Syrien beleuchtet und die Kolleg:innen von UMAM auf Geschichte und Gegenwart des libanesischen Bürgerkrieges blicken, diskutiert der türkische Jurist und Politiker Mithat Sançar die Aussichten eines türkisch-kurdischen Friedensprozesses, der mit der Auflösung der PKK eingeleitet ist.

In diesem Heft sind wieder viele, aber bei weitem nicht nur schlechte Nachrichten versammelt. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr
Mario Neumann

Ab jetzt dagegen



Die Unterstützung für Israels Krieg in Gaza schwindet. Doch mehr Hilfe allein reicht nicht. Der Leitartikel

Von Riad Othman

Gaza wird ausgehungert. Das scheint mittlerweile endlich auch in größeren Teilen des Deutschen Bundestages, der Regierung sowie in den Medien zur Gewissheit zu werden. Wer hätte wissen wollen, dass dies nicht erst seit dem 2. März 2025 der Fall war – dem Beginn einer erneuten vollständigen Abriegelung Gazas –, hätte sich nur die Zahlen der obersten israelischen Besatzungsbehörde COGAT in den 15 Monaten nach dem 7. Oktober 2023 ansehen müssen. Bis Ende 2024 veröffentlichte sie regelmäßig mit großer Selbstsicherheit die Anzahl der Lastwagen, die sie in die größtenteils zerstörte Enklave ließ. Sie wollte damit beweisen, dass der Vorwurf des Kriegsverbrechens, der palästinensischen Bevölkerung dort überlebensnotwendige humanitäre Hilfe vorzuenthalten, haltlos sei. Dabei zeigen ihre Zahlen vor allen Dingen eines: Die israelische Regierung hat selbst nach ihren eigenen Angaben im genannten Zeitraum ein knappes Viertel dessen an Hilfsgütern nach Gaza gelassen, was auch die Vereinten Nationen als das absolute Minimum definiert hatten. International hatten deshalb Regierungen, darunter Berlin, im Verlauf der letzten 20 Monate wiederholt den uneingeschränkten oder zumindest stark verbesserten Zugang nach Gaza gefordert. Entsprechende Schritte hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag der israelischen Regierung bereits Ende Januar 2024 rechtsverbindlich aufgetragen. Zwei weitere Male ordnete er vorläufige Maßnahmen an, um die Gefahr eines Genozids an der palästinensischen

Bevölkerung Gazas abzuwenden – auch weil die israelische Regierung das genaue Gegenteil tat und mit dem Vorgehen ihrer Armee die Situation in dem Küstengebiet immer weiter verschlimmerte.

Dabei sollte allen Beteiligten klar sein – und Deutschland ist qua seiner Unterstützung Israels beteiligt –, dass es hier nicht nur um den Zugang zu humanitärer Hilfe geht. Die von der israelischen Regierung wiederholt angekündigte Zwangsumsiedlung der Menschen aus großen Teilen des Gazastreifens in immer kleinere Enklaven soll nach Netanjahus Willen nicht vorübergehend sein. Sie dient auch keinem übergeordneten militärischen Ziel. Vielmehr ist die ethnische Säuberung mittlerweile selbst mehrfach artikuliertes Kriegsziel, wie der bekannte Menschenrechtsanwalt Michael Sfard erst jüngst in einem Kommentar für die israelische Tageszeitung Haaretz schrieb. Seit der unilateralen Aufkündigung der Waffenruhe durch die israelische Regierung am 18. März haben ihre Streitkräfte 34 Befehle zur Zwangsumsiedlung gegen die Bevölkerung erlassen. Bis zu 80 Prozent der Enklave sind davon betroffen. „Eines der Ziele der IDF, wie in den Operationsbefehlen definiert, ist die ‚Konzentration und Umsiedlung der Bevölkerung‘. Halten Sie einen Moment inne und lassen Sie sich den Begriff ‚Konzentration der Bevölkerung‘ auf der Zunge zergehen“, kommentierte Sfard. Die seither intensivierten Angriffe, denen an vielen Tagen über 100 Men-

schen zum Opfer fallen, zählen zu den tödlichsten seit Beginn der Gaza-Krieges infolge des 7. Oktober 2023. Alleine seit dem Ende der Waffenruhe Mitte März 2025 sind laut UNICEF in Gaza 1.309 Kinder getötet und 3.738 verletzt worden.

Sinneswandel ohne Konsequenzen

Diese Entwicklungen ließen in vielen europäischen Hauptstädten sowie in Kanada die Alarmglocken schrillen. Ein Wandel schien auch in Deutschland Einzug zu halten, als der neue Bundeskanzler Friedrich Merz sagte, dass er die Zielsetzungen der israelischen Regierung nicht mehr nachvollziehen könne, wenn die palästinensische Zivilbevölkerung derart in Mitleidenschaft gezogen werde wie – so Merz – „in den letzten Tagen“. Außenminister Johann Wadepuhl, der noch kurz vor dem Besuch seines israelischen Amtskollegen Gideon Sa'ar in Berlin bekundet hatte, die Waffenexporte auf den Prüfstand stellen zu wollen, ruderte dann allerdings zurück. Deutschland werde weiter Waffen liefern. Ein fatales Signal. Auch der Vorwurf Ursula von der Leyens an die Adresse Israels, unverhältnismäßige Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza anzuwenden, stand ganz im Zeichen einer sich abzeichnenden, rhetorischen Trendwende. Die Autorin und Publizistin Charlotte Wiedemann kommentierte: „Wofür gestern noch Menschen ihren Job verlieren konnten, ist heute in aller Munde. Als hätten die Kinder in Gaza erst jetzt begonnen zu sterben.“

Sollte sich die Reaktion Europas in unterschiedlichen Empörungsbekundungen erschöpfen, wird sie wirkungslos bleiben. Die nun durch Großbritannien, Norwegen, Neuseeland, Australien und Kanada angekündigten Sanktionen gegen die israelischen Kabinettsmitglieder Itamar Ben Gvir und Bezale Smotrich gehen zwar in die richtige Richtung. Sie erfolgen jedoch mit ex-

plizitem Bezug zu deren negativer Rolle bei der Eskalation der Gewalt im Westjordanland. Vor allem aber beschränken sie sich auf jene Regierungsmitglieder, die unumstritten schon lange als Extremisten gelten und die weder zentrale noch alleinige Verantwortung für das israelische Vorgehen im Gazastreifen tragen. Das

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, mehr humanitäre Hilfe würde die Situation grundsätzlich verändern. Im Kern handelt es sich um ein politisches Problem.

Problem sind nicht nur einzelne, extremistische Politiker. Das Problem ist ein System, das auf Landraub, Verdrängung bzw. Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und jüdische Vorherrschaft aufbaut. Werden diese Parameter nicht adressiert, wird es weder in Gaza noch im Westjordanland zu signifikanten Veränderungen im Sinne einer Verwirklichung des legitimen Selbstbestimmungsrechts der palästinensischen Bevölkerung kommen.

Von der Selbstverteidigung zum Genozid

In der Genozidforschung ist bekannt, dass die meisten, wenn nicht sogar alle, Völkermorde historisch mit einem Narrativ der Selbstverteidigung einhergingen. Gerade Deutsche sollten das wissen. Der Holocaustforscher Omer Bartov erinnerte jüngst in einem Artikel für die New York Review daran, dass der unmittelbare Anlass des deutschen Genozids an den Herero und Nama

zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet des heutigen Namibia Überfälle dieser indigenen Gruppen auf Farmen weißer Siedler waren. Dieses Ereignis traf damals auf die schon zuvor vorhandene sozialdarwinistische und rassistische Sicht auf Indigene und die brutale Logik westlicher Kolonialregime. Sein Kollege, der Genozid-Forscher Mark Levene, beschrieb das gängige Narrativ zur Legitimation genozidaler Gewalt: „Es sind deshalb ‚sie‘, die gegnerische Bevölkerung, denen wegen ihrer fehlgeleiteten Handlungen und Glaubenssysteme, um nicht zu sagen, wegen ihrer Grausamkeiten gegen ‚uns‘ die Schuld und Verantwortung für den ‚Selbstverteidigungskrieg‘ der Täter gegeben wird, der folglich bis zum Äußersten und ohne Gnade gekämpft werden muss.“ Der 7. Oktober schuf in Israel einen Anlass, „tief verwurzelte [...] Antipathien gegenüber einer Bevölkerungsgruppe“ [den Palästinenser:innen] in die Tat umzusetzen. Die internationale Solidarität mit Israel und seine massive Ausrüstung mit US-amerikanischen und deutschen Waffen trugen entscheidend dazu bei, die Möglichkeiten zur Umsetzung zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

Auf all das ist die Forderung nach mehr oder uneingeschränkter Hilfe keine ausreichende Antwort. Die Hilfe, wie wir sie derzeit in Gaza sehen, gleicht dem Versuch, ein System zu errichten, das die Bevölkerung nicht versorgen, sondern sie in kleinen Sektoren konzentrieren soll. Unsere Partnerorganisationen und uns stellt all das vor nicht gekannte Herausforderungen. Denn natürlich streiten wir gemeinsam für das Recht auf Hilfe und den ungehinderten Zugang zur Zivilbevölkerung. Und ohne Zweifel wissen wir um die überlebensnotwendige Bedeutung jener Hilfsgüter, denen der Weg nach Gaza weiterhin versperrt wird. Doch niemand sollte sich der Illusion hingeben, mehr humanitäre Hilfe würde die Situation grundsätzlich verändern. Im Kern handelt es sich um ein politisches Problem. Der kürzlich für seine Reportagen mit dem

Pulitzer-Preis ausgezeichnete palästinensische Dichter Mosab Abu Toha aus Gaza brachte es im Mai im Kurznachrichtendienst X einmal mehr auf den Punkt: „Wir wollen keine Hilfe. Wir sind keine armen Leute. Beendet einfach den Genozid. Beendet die Besatzung. Beendet die Blockade.“

Viele Tausende Menschen haben bei medico in den vergangenen Wochen Zehntausende Postkarten und Poster bestellt, auf denen steht: „Eines Tages werden alle immer schon dagegen gewesen sein.“ Das ist der Titel eines kürzlich erschienenen Buches des Schriftstellers Omar El Akkad. Für die kommenden Wochen sind Proteste in zahlreichen deutschen Städten angekündigt. Es ist höchste Zeit, dass die 80 Prozent, die sich jüngst erst wieder in einer Umfrage des ZDF gegen den Krieg geäußert haben, auch Gesicht zeigen, auf die Straße gehen und sich in ihrem Umfeld für die Haltung einsetzen, dass alle Menschen auch wie solche behandelt werden.



Als Nahostreferent von medico steht Riad Othman in engem Austausch mit den medico-Partner:innen in Palästina und Israel, auch mit jenen, die in Gaza ums Überleben kämpfen, das eigene wie das anderer.



Unter medico.de eines-tages können Sie die Plakate und Postkarten bestellen, die auffordern, über Gaza zu sprechen.

Die neue Kälte

Foto: medico

Eine der letzten USAID-Lieferungen in Gorongosa, im ländlichen Mosambik. Wie Impfkampagnen und medizinische Versorgung ohne diese Hilfe weitergehen sollen, ist vollkommen unklar.





Von der Schwächung multilateraler Institutionen bis zum Abbau von Geldern für Hilfe und Gesundheitsprogramme: Der Westen entledigt sich seiner globalen Verantwortung.

Krise im Endstadium

Um die Weltgesundheitsorganisation steht es schlecht wie nie

Von Felix Litschauer

Im Jahr 2015, auf dem Höhepunkt der Ebola-Epidemie, eröffnete die damalige Generaldirektorin der WHO Margaret Chan die Weltgesundheitsversammlung (WHA) mit einer bemerkenswerten Geste. Sie forderte eine Schweigeminute für alle Gesundheitsarbeiter:innen, die infolge ihrer Tätigkeit selbst der Krankheit erlegen waren. Als die Delegationen der 194 Mitglieder im Mai dieses Jahres

In Deutschland werden die Kürzungen weniger menschenverachtend legitimiert. Die Folgen sind nicht minder disruptiv.

zur 78. WHA in Genf zusammenkamen, wäre ein kurzes Innehalten allemal angebracht gewesen. Schließlich sind 2024 so viele Ärztinnen und Ärzte, Pfleger:innen und Sanitäter:innen bei ihrer lebensrettenden Arbeit ums Leben gekommen, wie in keinem anderen Jahr seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ob im Sudan, in der Ukraine oder im Libanon: Trotz ihres besonderen völkerrechtlichen Schutzstatus wurden Gesundheitsarbeiter:in-

nen getötet, allein in Gaza waren es 2024 mehr als 1.000. Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der WHO und bei einem Aufenthalt im Jemen selbst nur knapp dem Tod durch einen israelischen Raketenangriff entgangen, adressierte diese entgrenzte Gewalt in einer bitteren Note: Angriffe auf die Gesundheitsversorgung seien zur Normalität geworden. Dies ist allerdings nur der extreme Ausdruck der Zerrüttungen, denen die globale Gesundheit aktuell ausgesetzt ist: Wohl nie zuvor war der Grundton auf einer Weltgesundheitsversammlung so alarmierend wie diesmal.

Die WHA ist das zentrale Forum, um über globale Gesundheitsfragen zu beraten und Entscheidungen zu treffen. Beobachtet und kritisch begleitet wird sie von Aktivist:innen aus aller Welt, darunter auch die medico-Partner vom People's Health Movement sowie dem Geneva Global Health Hub, einem Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen. In einer Bestandsaufnahme beschrieb das Sekretariat der WHO die Lage in deutlichen Worten: Die globale Gesundheit stehe an einem Scheideweg und die WHO als ihre wichtigste Institution befinde sich in der größten Krise seit ihrer Gründung 1948. Einen großen Anteil daran hat der von der Trump-Administration

nun durchgesetzte Ausstieg der USA, die bisher mit etwa 20 Prozent größter Geldgeber der WHO waren. Der Wegfall dieser Mittel sorgt für massive Finanzierungsprobleme, die unmittelbar zu Programmkürzungen und einer drastischen Verkleinerung des Sekretariats geführt haben. Eine Kündigungswelle hat ein Viertel der Mitarbeiter:innen erfasst. Hinzu kommt die Abwicklung der US-Entwicklungshilfebehörde USAID, die Gesundheitsprogramme in mindestens 70 Ländern trifft. Lebensrettende Maßnahmen wie die Bereitstellung von sauberem Wasser und medizinischer Versorgung in Gaza wurden ebenso eingestellt wie mindestens zehn nationale Tuberkulose-Programme in Afrika. Unzählige Versorgungseinrichtungen für sexuelle und reproduktive Behandlungen mussten schließen, weil sie keine Gehälter mehr zahlen konnten. Und laut UNAIDS sterben schon jetzt täglich etwa 600 Menschen aufgrund fehlender Antiretroviraler Medikamente zur Behandlung ihrer Aids-Erkrankung, die bislang durch das nun ebenfalls abgewickelte PEPFAR-Programm bereitgestellt worden waren.

Neoliberalismus plus White Supremacy

Die Abkehr von normgebenden multilateralen Foren, zu denen neben der WHO auch das Pariser Abkommen zum Klimawandel gehört, folgt einer politischen Agenda: Diese begreift jegliche [zwischen-]staatliche Regulierung als Hindernis für kurzfristige Profitmaximierung. Eine Politik, die Argentiniens Javier Milei als Anarcho-Kapitalismus beschreibt, ist Neoliberalismus in libertärer Reinform und damit eher Kontinuität als Bruch. Und doch geht die Streichung sämtlicher Programme, die für ein Leben in bestmöglicher Gesundheit als Menschenrecht stehen, mit einer sozialdarwinistischen und weiß-suprematistischen Programmatik einher. Diese gesteht nur wenigen Privi-

legierten das Menschsein und damit Menschenrechte zu. Diese Verachtung des Rechts auf Gesundheit und Schutz schlägt sich auch in der oben genannten militärischen Gewalt gegen Gesundheitseinrichtungen und -personal nieder. Auch in dieser Hinsicht ist es fatal, dass die WHO als ein Forum, in dem solche Verbrechen regelmäßig evidenzbasiert adressiert werden, aufgrund fehlender Mittel nur noch beschränkt arbeitsfähig ist.

Ein kleiner Lichtblick ist, dass sich die Mitgliedsländer auf der WHA auf eine Steigerung ihrer Pflichtbeiträge geeinigt haben. Das ändert gleichwohl nichts daran, dass diese gerade einmal ein Fünftel des Gesamtbudgets der WHO abdecken. Ein Großteil der Programme bleibt weiterhin auf freiwillige Zahlungen angewiesen. Wer zahlt, bestimmt allerdings auch über die Ausrichtung der Programme. So haben die USA und private Stiftungen wie die Gates Foundation bislang durch ihre freiwilligen Beiträge das Polio-Programm der WHO finanziert, das ein Fünftel ihres Gesamtbudgets ausmachte. Der selbsternannte Global Health Champion Deutschland ist derweil auffällig zurückhaltend. Anders als vor fünf Jahren zu Beginn der Corona-Pandemie, werden keine weiteren substanziellen Gelder aus dem deutschen Bundeshaushalt an die WHO gehen, die den Wegfall der US-Mittel kompensieren könnten. Die schwarz-rote Koalition führt stattdessen den Ampel-Kurs der „militärischen Austerität“ fort. Soziale und Gesundheitsprogramme haben keine Priorität mehr, weder national noch international. Die Streichung von Geldern für Entwicklungszusammenarbeit in vielen weiteren europäischen Ländern folgt derselben Logik, allein Programme, die sicherheitspolitisch begründet werden, sind ausgenommen. Und auch wenn die Kürzungen weniger menschenverachtend legitimiert werden als vonseiten der Trump-Administration, sind die Folgen nicht weniger disruptiv. In Ländern wie Mosambik oder Sambia,

deren Gesundheitssysteme zum Großteil von ausländischen Gebern abhängig sind, bedeutet der Wegfall der Mittel, dass dort weitaus mehr Familien als zuvor keinen Zugang zu medizinischer Versorgung mehr haben werden. Anders gesagt: Der erzwungene Anpassungsprozess für viele tief verschuldete Länder des globalen Südens wird unzählige Leben kosten.

Springt China in die Lücke?

Die USA waren in Genf dann doch kurz „anwesend“: In einer sechsminütigen Videobotschaft forderte Gesundheitsminister RFK Junior andere Länder dazu auf, dem guten Beispiel seines Landes zu folgen und die WHO zu verlassen. Kurz darauf sprach der chinesische

Vizepremier Liu Guozhong und stimmte ein einziges Lob auf den Multilateralismus an. Es gehört zu den zentralen Fragen der globalen Gesundheit von morgen, ob und wenn ja, wie die Volksrepublik China in die Lücke springt, die der Austritt der USA gerissen hat. Tatsächlich war die chinesische Delegation mit 180 Mitgliedern in Genf präsent wie kaum eine andere. Und sie ließ keine Gelegenheit aus, sich als moderater Gegenpol zu den in Isolationismus abgleitenden USA in Stellung zu bringen. Als nun wirtschaftsstärkstes Mitgliedsland der WHO leistet die Volksrepublik nicht nur die höchsten Pflichtbeiträge. Sie hat zudem die freiwillige Zahlung von mehreren hundert Millionen Dollar in den nächsten fünf Jahren angekündigt. Die Machtkonstellation verschiebt sich offenkundig. Welche Folgen das für die



Am 1. Mai demonstrieren medico-Partner:innen auf den Philippinen für das Recht auf Gesundheit.

globale Gesundheitspolitik haben wird, ist noch nicht abzusehen.

Einen beachtlichen Erfolg konnte die multilaterale Zusammenarbeit in Genf dann doch verbuchen. Unter der Schirmherrschaft der WHO ist drei Jahr lang über einen globalen Pandemievertrag gerungen worden. Nun stimmte die Weltgesundheitsversammlung einheitlich – es gab lediglich 11 Enthaltungen – dem Vertragswerk zu, das auf Basis der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie Leitplanken zu Themen wie Prävention, Lieferketten, Technologietransfer sowie Forschung und Entwicklung formuliert und damit eine globale Reaktion wirksamer und auch gerechter machen soll. Die Euphorie darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Einigung nur zustande kam, weil der größte Streitpunkt des Vertrags aufgeschoben wurde: eine bindende Regelung für einen gerechten Zugang zu Impfstoffen und Diagnostika in der nächsten Pandemie. Die Einigung über das sogenannte Pathogen Access and Benefit-Sharing (PABS) könnte noch Jahre dauern und den Ratifizierungsprozess weiter verzögern. Vor allem aber trägt der Vertrag nichts zu dem bei, was für eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung am wichtigsten wäre: eine Stärkung von Primärgesundheitsprogrammen und öffentlichen Gesundheitssystemen, wie es zum Beispiel die Gesundheitsaktivist:innen des People's Health Movement fordern.

Der Trend geht vielmehr in die andere Richtung, zumal die Finanzierungslücken noch stärker als bisher von privatem Kapital geschlossen werden. Getreu dem Motto „never waste a good crisis“ werben etwa aktuell Fondsverwalter für „blended financing“ und „impact investment“ in die ohnehin schon zu 65 Prozent privatisierten Gesundheitssysteme afrikanischer und asiatischer Länder. Und die Novo Nordisk Foundation, die gerade massiv Lobbyarbeit für das Abnehmmedikament

Ozempic macht, ist eine vierjährige Kooperation mit der WHO inklusive einer Finanzspritze von 50 Millionen Dollar eingegangen.

Gegen das Zusammenspiel von umfassender Privatisierung und der Delegitimierung des Rechts auf Gesundheit als grundlegendes Menschenrecht müssten diejenigen unterstützt werden, die gemeinwohlorientierte Versorgungsmodelle vorantreiben. Mit ihrer Arbeit erheben sie allerorts und täglich Einspruch dagegen, dass das Menschenrecht auf bestmögliche Gesundheit zu einem Privileg weniger degradiert wird.



Felix Litschauer, bei medico Referent für Globale Gesundheit, hat sich auf der 78. Weltgesundheitsversammlung in Genf selbst ein Bild von den Debatten und der alarmierenden Situation gemacht.

Neben der Unterstützung lokaler Partnerorganisationen, die sich gegen krankmachende Verhältnisse einsetzen, interveniert medico auch in gesundheitspolitische Debatten, wie sie bei der WHO geführt werden. Das Ziel ist jeweils die Verwirklichung des umfassenden Rechts auf Gesundheit, für alle und überall.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

Der Schaden ist irreversibel

Die USA haben ihre HIV-Programme in Südafrika gestoppt. Fragen an Mark Heywood zum Rückzug des Westens



Der langjährige medico-Partner Mark Heywood ist Menschenrechtsaktivist in Südafrika mit dem Schwerpunkt Recht auf Gesundheit. Er war einer der Mitgründer der Treatment Action Campaign, die mit ihrem Einsatz für den Zugang zu HIV-Medikamenten weit über Südafrika hinaus bekannt geworden ist.

Wenig andere Länder der Welt sind so stark von HIV und Aids betroffen wie Südafrika. Gleichzeitig hat ein beharrlicher zivilgesellschaftlicher Kampf dafür gesorgt, dass Millionen von Südafrikaner:innen Zugang zu antiretroviralen Medikamenten haben. Wie war die Lage zu Beginn des Jahres – also bevor die USA Gelder für internationale HIV-Programme gestoppt haben?

Im Laufe der Zeit ist in Südafrika das größte HIV-Programm der Welt aufgebaut worden. Hierzu hat PEPFAR, das 2003 gestartete US-Regierungsprogramm zur Bekämpfung der HIV/

Aids-Epidemie weltweit, erheblich beigetragen. Nicht zuletzt dadurch konnten wir 5,8 Millionen Menschen in Behandlung bringen. Das ist die positive Seite. Die negative Seite ist, dass 2,2 Millionen Menschen nicht behandelt werden. Noch immer sterben in Südafrika jedes Jahr etwa 50.000 Menschen an Aids. Wir haben die höchste Prävalenzrate der Welt und weiterhin eine der höchsten Neuinfektionsraten.

Warum ist das so? Südafrika verfügt über eine hochangesehene HIV-Forschung.

Auch die beste Forschung kann nur wirksam sein, wenn sie mit einem funktionierenden Gesundheitssystem verbunden ist. Unser System ist in vielerlei Hinsicht korrumpiert und unfähig. Und die Regierung glaubt, mit Zehntausenden von HIV-Toten pro Jahr leben zu können. Man kann sich aber nicht damit zufriedengeben, wenn knapp 75 Prozent der Infizierten in Behandlung sind. HIV ist vollständig vermeidbar. Menschen, die in Behandlung sind, stecken keine anderen Menschen mehr an, weil ihre Viruslast auf nahezu null sinkt. Es ist also keine medizinische, sondern eine rein politische Frage.

Im Februar wurde die US-Entwicklungshilfbehörde USAID weitgehend abgewickelt, die PEPFAR umgesetzt hat. Ende März ist das

Programm offiziell ausgelaufen. Welche Folgen hat das in Südafrika?

Das setzt auf eine laufende Katastrophe noch eine Katastrophe obendrauf. Zwar macht PEPFAR nur 17 Prozent der Ausgaben für HIV/Aids-Programme in Südafrika aus. Aber seine Bedeutung ist enorm groß. Wichtige Programme stehen vor dem Zusammenbruch, 15.000 Beschäftigte des Gesundheitswesens mussten von heute auf morgen ihren Dienst einstellen. Das sind Menschen, die ihr Herz und ihren Verstand in die Programme gesteckt haben. Das gesamte System ist betroffen – von renommierten Forschungseinrichtungen und der Infrastruktur für Tests, Schulungen und Überwachung bis hin zum Zugang zu Medikamenten und Prävention auf Gemeindeebene. Damit ist das Leben von Zehntausenden von Menschen bedroht, vor allem in Bezirken, in denen die HIV-Inzidenz hoch ist. Hier leben die Schwächsten und Schutzlosesten. Und mit jedem Menschen, der keinen Zugang zu antiretroviralen Medikamenten mehr hat, steigt die Ansteckungsgefahr. Wir rechnen auch nicht damit, dass die Mittel künftig wieder fließen werden. Der Schaden ist angerichtet und er ist irreversibel.

War es ein Fehler, dass sich Südafrika nicht unabhängiger von internationaler Finanzierung gemacht hat?

Ja und nein. Natürlich kritisieren wir unsere Regierung dafür, dass sie seit zehn Jahren die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit kürzt. Gleichzeitig ist HIV eine globale Pandemie und ihre Verhinderung eine globale Verantwortung. Es ist schlicht zynisch, wenn Donald Trump sagt, er habe sich „zurückgeholt, was Amerika gehört“. Der globale Norden hat die Verpflichtung, seinen weitgehend illegitim angehäuften Wohlstand und seine Ressourcen auch dafür einzusetzen, Krankheiten in aller Welt zu verhindern und zu bekämpfen. Es geht nicht um Wohltätigkeit, der Norden tut uns keinen Gefal-

len. Er trägt eine Verantwortung im Interesse der globalen öffentlichen Gesundheit.

Aus einer kritischen Perspektive ist die internationale Finanzierung von Gesundheitsprogrammen auch eine Form der Soft Power – ein Mittel, um Einfluss zu gewinnen und Kontrolle auszuüben. Nun hört die USA einfach damit auf. PEPFAR, so die lapidare Begründung, liege „nicht im nationalen Interesse“. Wie interpretierst du diese Verschiebung?

Mit der neuen Präsidentschaft Trumps hat sich eine völlig neue globale Situation ergeben. Das liegt nicht allein an Trump, sondern ist der Höhepunkt einer langjährigen neoliberalen Politik, die Macht und Reichtum in nie dagewesener Weise bei den Eliten konzentriert hat. Neu ist, dass sie nun direkt mit ihren schmutzigen Händen an den Hebeln der Macht sitzen und die Welt kompromisslos ihren Interessen unterwerfen. Dabei entledigen sie sich jeglicher sozialer Verpflichtungen zur Geltendmachung der universellen Menschenrechte. In diesem Sinne ist USAID „nicht in ihrem Interesse“ – obwohl es natürlich sehr wohl im Interesse ihrer Bevölkerungen ist. Pandemien und Viren scheren sich schließlich nicht um nationale Grenzen.

USAID wurde nicht mit der Begründung abgewickelt, das Geld werde leider anderswo dringender benötigt. Es geht nicht darum, dass sich die USA die Hilfe nicht mehr leisten können – sie wollen es sich nicht mehr leisten. Ist ein „Krieg gegen Empathie“ erklärt worden?

Ja, aber dieser Krieg richtet sich grundsätzlich gegen die Solidarität und die Idee, dass die Menschen füreinander Verantwortung tragen. Die afrikanische Philosophie von Ubuntu – „Ich bin, weil wir sind“ – bedeutet, dass wir einander verpflichtet sind. Dieser Krieg richtet sich gegen die Menschenrechte und gleichzeitig gegen die internationalen Abkommen und die multilaterale Ordnung, die zu deren Durchsetzung geschaffen wurden.

Die USA sind nicht das einzige Land, das die Budgets für internationale Hilfe kürzt oder reduziert. Die europäischen Länder tun dasselbe, nur weniger rigoros und weniger barsch. Und im Zuge der Finanzierungs Krise hat auch das UN-Programm UNAIDS die Hälfte seiner weltweiten Büros schließen müssen.

Wir erleben das Ende der Hilfe, wie wir sie seit einem halben Jahrhundert kennen. Im Zuge der geopolitischen Neuformierung müssen wir die Frage nach der Bedeutung der BRICS-Staaten stellen: Welche Rollen wollen und können sie spielen? Wir müssen uns auch für eine Verteidigung von übergeordneten Instanzen wie der Weltgesundheitsorganisation einsetzen: Wie kann sie mit Mitteln und Macht ausgestattet werden, damit sie wirklich etwas bewirken kann?

Die Frage ist nicht neu – ihre Beantwortung aber schwerer denn je.

Das stimmt. Aber wir dürfen jetzt nicht aufgeben, sondern müssen noch härter arbeiten. Letztlich ist es unsere Aufgabe als Aktivist:innen, Solidarität neu zu denken und zu organisieren – lokal, national und global. Wir mögen keine finanzielle oder militärische Macht haben. Aber als Zivilgesellschaft haben wir die Macht der Vielen. Hunderte von Millionen Menschen sind gewerkschaftlich organisiert und Mitglied in zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen. Dabei halte ich es für zentral, dass wir uns besser miteinander verbinden. Basisbewegungen aus, sagen wir, Südafrika, Brasilien und Deutschland sollten sich noch enger vernetzen. Wir müssen unsere Anstrengungen aber auch in Richtung von Ländern wie Indien und sogar China verstärken, wo die autoritäre Herrschaft keinen Raum für soziale Organisation lässt. Nur so kann es gelingen, Isolation und Ohnmacht zu überwinden und eine gemeinsame Strategie zu finden.

Wieso sollte das gerade in einer Phase gelingen, in der sich jedes Land auf seine nationalen Interessen zurückzieht?

Wir müssen verstehen, dass der Krieg gegen Solidarität nicht nur von Nord nach Süd verläuft. Er greift das gesamte Konzept des Wohlfahrtsstaates, sozialer Demokratie und das Recht aller auf Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wohnen an – eben auch in den USA und in Europa. All das trifft unterprivilegierte Menschen, wo auch immer sie zu Hause sind. Deswegen sollten die Koordinaten unseres Aktivismus nicht allein geografisch, sondern sich an Kategorien von Klasse und Besitzverhältnissen orientieren. Wir müssen eine Stufe der zivilgesellschaftlichen Organisation erreichen, wie wir sie noch nicht kennen. Kurzfristig müssen wir uns gegen die Militarisierung in den USA und Europa stellen.

Die Kürzungen der Budgets für internationale Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland oder England werden just mit der Notwendigkeit zur Aufrüstung begründet.

Ja, es läuft eine gewaltige Umschichtung, durch die Mittel für Gesundheitsprogramme und humanitäre Anliegen wegfallen. Widerstand hiergegen ist aber auch deshalb nötig, weil damit Weichen gestellt werden, wie globale Krisen, etwa die Klimakrise, künftig angegangen werden: militärisch, nicht zivil. Umso wichtiger ist es, dass sich Bewegungen für Klimagerechtigkeit und der Antimilitarismus verbinden. Es sind letztlich zwei Seiten derselben Medaille. Wir haben allerdings nicht viel Zeit. Die Uhr tickt – und sie tickt gegen uns.

Das Interview führte Christian Sälzer.

WENN DIE WELT SICH ABWENDET

EIN KOMMENTAR AUS SOMALIA ZUR STREICHUNG INTERNATIONALER HILFSGELDER



medico-Partner NAPAD setzt sich in Somalia und Kenia für Ernährungssouveränität ein. Immer wieder leistet die Organisation Nothilfe.

Die drastischen Kürzungen von internationalen Hilfsgeldern, insbesondere in den USA und Deutschland, sind nicht nur Zahlen auf einem Blatt Papier – sie bedeuten für Millionen von Menschen den Unterschied zwischen Überleben und Tod. In Kenia und Somalia zerfallen vor unseren Augen die Errungenschaften jahrzehntelanger harter Arbeit. Lebensrettende Dienste in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Zugang zu sauberem Wasser verschwinden, während Familien, die einst durch Programme zur Sicherung des Lebensunterhalts einen Weg in die Stabilität gefunden hatten, nun kaum noch oder gar keine soziale Absicherung mehr haben. Da aktuell nur elf Prozent des Humanitären Hilfsplans für 2025 finanziert sind, benötigen fast sechs Millionen Menschen in Somalia weiterhin dringende Hilfe.

Die Kürzungen wirken sich aber nicht nur auf die humanitäre Versorgung aus, sondern destabilisieren ganze Gesellschaften. In Somalia, wo fragile Fortschritte auf dem Weg zu einem friedlichen Staatswesen erzielt wurden, führt die Kombination aus wachsender Ressourcenknappheit, zunehmender Repression und internationalem Rückzug zu einem gefährlichen Machtvakuum. Extremistische Gruppen wie Al-Shabaab gewinnen an Boden, während wachsende Frustration und Perspektivlosigkeit immer mehr junge Menschen in die Gewalt, Radikalisierung oder Flucht als letzten Ausweg treiben.

Lokale Organisationen, die seit langem als Brücke zwischen der Bevölkerung und dem Staat fungieren, stehen kurz vor dem Zusammenbruch. Der Rückzug der internationalen Gemeinschaft droht autoritäre Tendenzen zu schüren und eine ohnehin fragile Region weiter ins Chaos zu stürzen – mit langfristigen Folgen für Sicherheit und Menschenrechte.

Wenn die Welt sich abwendet, werden die Schwächsten mit Hunger, Gewalt und Verzweiflung allein gelassen. Als lokale Organisation tun wir alles, was wir können, aber die durch die Kürzungen entstandene Ressourcenlücke ist einfach zu groß. Ohne internationale Solidarität sind wir gezwungen, jeden Tag unmögliche Entscheidungen zu treffen.

Dr. Abdullahi Hirsi, Susan Wamuti und Francis Kage von der medico-Partnerorganisation NAPAD

Projekte Projektionen

Zurück in Gefahr
Nothilfe für nach Afghanistan
abgeschobene Familien

Über drei Millionen Afghan:innen, die nach der Machtübernahme der Taliban in den Iran und nach Pakistan geflohen waren, sind inzwischen wieder in Afghanistan. Freiwillig zurückgekehrt sind die allerwenigsten von ihnen. Manche wurden abgeschoben, anderen wurde durch den Entzug von Aufenthaltspapieren, Drohungen, offenem Rassismus und versperrten Zugängen in die Aufnahmegesellschaften das Leben unmöglich gemacht. Zurück in Afghanistan müssen viele nun erneut um ihr Leben fürchten. Weil sie sich für Menschenrechte eingesetzt, für Medienhäuser gearbeitet oder mit ausländischen Organisationen kooperiert haben, droht vielen Verfolgung und Haft. In der afghanischen Provinz Herat leisten die medico-Partner:innen von „Reza Kar Herat“ diesen Menschen Beistand. In der Grenzregion, wo abgeschobene Familien schwierigen Lebensverhältnissen und Ungewissheit ausgesetzt sind, gewährleisten sie die Versorgung der ersten Monate. Zudem bieten sie Beratung an und unterstützen bei der Weiterreise.



Foto: Reza Kar Herat

Zurück in der Ungewissheit: Aus dem Iran abgeschobene Afghan:innen in Herat.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Bäuerliche Solidarität

Mosambik: Kooperativ gegen Konzerne und Klimakrise

In Mosambik leben rund 70 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft, die meisten als Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Gleichzeitig gehört Mosambik zu den Ländern, die schon jetzt massiv von der Klimakrise betroffen sind. Dürren, Zykone und Überschwemmungen haben in den letzten Jahren immer wieder die Grundlagen kleinbäuerlicher Existenzen zerstört. Unterstützung leistet die União Nacional de Camponeses (UNAC). Es geht um Nothilfe und Wiederaufbau nach Zyklonen, aber auch um die Organisation von Bauernkooperativen, in denen sich die Mitglieder gegenseitig unterstützen und für ihre Rechte kämpfen. Mit dem Bau von Saatgutbanken für lokale, klimaresiliente Sorten können sich die Kooperativen der Abhängigkeit von genmodifiziertem Saatgut entziehen – etwa von multinationalen Agrarkonzernen, die immer aggressiver auf den mosambikanischen Markt drängen. Durch politische Mobilisierung und Kampagnen konnte UNAC mit über 150.000 Mitgliedern auch der Landnahme durch internationale Agrarprojekte entgegenwirken: Ein Großprojekt, das zur Vertreibungen Tausender geführt hätte, wurde gestoppt.

Spendenstichwort: Nothilfe



Auf einer Versammlung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Mosambik

Hier wächst was

Ein Kultur- und Bildungszentrum in Kairo

Der Stadtteil Ezbet Khariallah entstand in den 1970er-Jahren und gehört bis heute zu den größten informellen Siedlungen Kairos. Auf engstem Raum leben dort rund 700.000 Menschen ohne Strom- und Wasserversorgung oder Zugang zu medizinischer Versorgung und staatlich anerkannten Bildungs- und Kultureinrichtungen. Der Perspektivlosigkeit setzt die Initiative Dawar for Arts and Development ein Engagement entgegen, das armen ägyptischen Frauen, aber auch hier gestrandeten Geflüchteten aus Syrien und anderswo Räume eröffnet. So hat die Gruppe mit Unterstützung von medico und mit großem Erfolg das Gemeinde-Kulturzentrum Ezbet Khairallah aufgebaut. Es ist Begegnungsort, Kulturzentrum und Bildungsstätte in einem. Um Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, haben die Partner:innen außerdem mit den Bewohner:innen des Stadtteils Dachgärten auf den Häusern der Bewohner:innen aufgebaut. Das Gemüse, das hier gezogen wird, trägt zur Selbstversorgung bei, unterstützt aber auch die Stadtteilküche und stärkt somit Selbstbestimmung und Zusammenhalt der Frauen.

Spendenstichwort: Nahost

Rest - ver - nunft.



Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com | Saeed Daq

Vor dem Amtssitz von Netanjahu demonstriert eine handvoll Menschen mit Fotos getöteter Kinder gegen den Genozid in Gaza.

Gespräche mit Menschen, die in Israel gegen den Krieg aufstehen

Von Moritz Krawinkel und Riad Othman

Die Ankunft in Tel Aviv fühlt sich unwirklich an. Noch gestern haben wir in Tulkarem im nördlichen Westjordanland mit Aktivist:innen unserer Partnerorganisation Jadayel über die Verwüstung der beiden Flüchtlingslager in der Stadt und die Massenvertreibung ihrer Bewohner:innen gesprochen. Auch Gaza und damit der Krieg und das Leiden sind von hier aus nur etwas über eine Stunde entfernt. Und doch meint man, auf einem anderen Kontinent zu sein. In Tel Aviv verläuft das Leben, oberflächlich betrachtet, in den gewohnten Bahnen. Menschen gehen ihrem Alltag nach, kaufen ein, gehen zur Arbeit, joggen, sitzen in Cafés. Das Land befindet sich im Krieg. Wie macht sich das bemerkbar?

Wir sind verabredet in einem griechischen Restaurant über dem alten Hafen von Jaffa, ehemals eine der wichtigsten palästinensischen Städte, heute der arabisch geprägte Stadtteil von Tel Aviv. Auf dem Platz davor wehen Dutzende israelische Fähnchen. Lee Caspi, Sima Wattad und Adar Primor von unserer langjährigen Partnerorganisation Physicians for Human Rights Israel (PHRI) warten bereits auf uns. Von den 39 Mitarbeiter:innen der medizinischen Hilfsorganisation, aber auch im ehrenamtlichen Vorstand sind jeweils die Hälfte Palästinenser:innen sowie Jüdinnen und Juden aus Israel. Zuletzt hat PHRI versucht, Rechtsbeistand für Ärzte aus Gaza zu leisten, die illegal nach Israel verschleppt und auf israelischen Militärbasen und in Gefängnissen routinemäßig

gefoltert wurden. Darüber hat die Organisation auch umfassende Berichte vorgelegt. Lee kommt schnell zur Sache. „Die Militarisierung der israelischen Gesellschaft ist immer weiter vorangeschritten, selbst hier in Tel Aviv/Jaffa. Durch den Schock des 7. Oktober und die Trauer allein sei das nicht zu erklären. Ihre Kollegin Sima ergänzt: „Der Genozid hat nur deutlicher gemacht, wie rassistisch und dehumanisierend die israelische Gesellschaft ist.“ Neu sei allerdings, wie tief sich das Misstrauen überall eingestrichelt habe. „Du weißt nie, was die Menschen, mit denen du sprichst, über dich denken. Immer musst du aufpassen, was du sagst.“ Über das, was in Gaza wirklich vor sich geht, sprächen nur wenige, die Propagandawirke: „Kaum jemand schaut hinter die Kulissen der offiziellen Regierungsverlautbarungen.“ Palästinensisches Leid habe darin keinen Platz, müsse ferngehalten oder infrage gestellt werden. Tauchen zum Beispiel Bilder oder Videos aus Gaza auf, werden sie in der israelischen Öffentlichkeit als propagandistische Inszenierung abgetan – als „Pallywood“, eine Wortschöpfung aus palästinensisch und Hollywood.

Bleiben oder gehen?

Seit eineinhalb Jahren dauert der Krieg nun an und ein Ende ist nicht in Sicht. Wo aber ist die Linke, wo die einstige Friedensbewegung? Lee zufolge werde der Krieg gegen Gaza auch in



Der Aufruf, die Geiseln endlich nach Hause zu holen, ist allgegenwärtig in Israel.

Israel inzwischen öfter als Genozid bezeichnet – aber eben nur in kleinen Kreisen und oft hinter vorgehaltener Hand. „Wir haben uns an das Silencing gewöhnt – daran, Angst zu haben, die eigene Meinung zu sagen.“ Doch langsam täten sich auch Risse auf in der israelischen Gesellschaft, die Scham wachse. Selbst der frühere israelische Premierminister Ehud Olmert hat geäußert, dass sein Land in Gaza Kriegsverbrechen begeht. Jede:r zweite Reservist:in weigert sich inzwischen, der Einberufung nachzukommen, erzählt Adar. Das habe zwar verschiedene Gründe, viele seien schlicht erschöpft. Andere aber sähen keinen Sinn mehr darin, das Töten fortzusetzen, ohne dass die Geiseln dadurch befreit werden.

Eben das wird auch auf regelmäßig stattfindenden Demonstrationen kritisiert, in Tel Aviv,



Adar Primor, Lee Caspi und Sima Wattad von der medico-Partnerorganisation Physicians for Human Rights Israel.

Jerusalem, in der Nähe des Gazastreifens und andernorts. Es gibt sie, nicht mehr so groß wie in früheren Phasen des Krieges, aber inzwischen finden sich immer mal wieder mehrere Tausend Menschen in Tel Aviv zusammen. Allerdings protestiert dabei nur ein Teil gegen den Krieg als solchen. Viele fordern eher eine effizientere Art der Kriegsführung. Adar beschreibt es so: „Es gibt zwar viel Kritik an der Regierung, aber nur wenige kritisieren sie für ihren Umgang mit den Palästinenser:innen.“ In Umfragen spricht sich eine sehr große Mehrheit der jüdischen Israelis für die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus dem Gazastreifen aus, genauer: vier von fünf. Adar, Lee und Sima sind Teil der kleinen Minderheit, die immer mehr an ihrem Land verzweifelt.

Der Umgang mit der Verzweiflung kann verschiedene Formen annehmen. Yakov Garb, Professor an der Ben-Gurion University des Negev, erzählt uns bei einem späteren Treffen, dass er seine kartographischen Kenntnisse dafür nutzt, um Satellitenbilder des Gazastreifens mit den Verlautbarungen des Militärs zu vergleichen. Es ist der Versuch, Aufschluss über die nicht öffentlich kommunizierten Kriegsziele zu gewinnen; etwas zu tun; oder auch etwas zu verstehen, was er nicht verstehen kann. „Ich habe eigentlich nie daran gedacht, einmal aus Israel wegzugehen“, vertraut er uns an. „Aber mein Judentum wurde gehijacked. Vielleicht müssen wir hier weg, damit meine Kinder das Judentum kennenlernen können, das ich ihnen vermitteln möchte.“ Das sehen andere ganz anders. So werden wir im Laufe der Reise noch mit Yehuda Shaul sprechen, Aktivist und Gründer der Reservistenorganisation Breaking the Silence. Über den Gedanken, das Land zu verlassen, schüttelt er fast erbost den Kopf. „Unser Platz ist hier, wir müssen hier für eine andere Gesellschaft streiten.“ Über die Aussichten dieses Kampfes sagt diese Beharrlichkeit indes wenig.

Gegen das Vergessen

Auf der Fahrt von Tel Aviv nach Haifa legen wir einen Zwischenstopp an einem Strand unweit des ehemaligen palästinensischen Fischerdorfs Tantura ein. Im Mai 1948 verübte die Hagana, Vorläufer der Israelischen Armee, hier ein Massaker an entwaffneten Gefangenen und Dorfbewohner:innen – eines von vielen, die zur Vertreibung und Flucht von bis zu 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung beitrugen. Seit 2011 droht ein Gesetz in Israel Institutionen mit der [vollständigen] Kürzung öffentlicher Gelder, wenn sie den Jahrestag der Staatsgründung wegen der damit verbundenen ethnischen Säuberung als Trauertag begehen – oder wenn sie sich für einen Staat mit gleichen Rechten für alle Menschen im gesamten Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordanfluss aussprechen. Die jüdische Vorherrschaft, die seit 2018 auch explizit in der Verfassung festgeschrieben ist, soll nicht in Zweifel gezogen werden.

Gegen das Vergessen und die Versuche zur Auslöschung der palästinensischen Identität im israelischen Diskurs engagiert sich seit Jahren Nida'a Nasser. In Haifa leitet sie die palästinensische medico-Partnerorganisation Baladna, die kurz nach Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2001 gegründet wurde. Diese versucht, der jungen Generation gegen die staatlich propagierte Geschichtsschreibung ein Verständnis der eigenen palästinensischen Geschichte zu vermitteln. „Der israelische Staat will uns davon überzeugen, dass die Zionisten kamen und uns zivilisierten, dass sie das Land modernisiert und uns die Demokratie gebracht haben“, sagt sie. Indem Baladna Begegnungen, gemeinsame Ausflüge und Jugendaustausch organisiert, soll palästinensische Gesellschaftlichkeit möglich werden. Denn: „Unsere Lebensrealitäten sind fragmentiert, geographisch und politisch.“ So haben palästinensische Schüler:innen in Israel keinen Kontakt mit Altersgenoss:innen im

Westjordanland. Und während Palästinenser:innen in Israel Bürger:innen zweiter Klasse sind, genießen sie – ausgestattet mit dem israelischen Pass – gegenüber ihren Landsleuten im Westjordanland große Freiheiten und sind oft auch ökonomisch besser gestellt. Umgekehrt werden sie von diesen bisweilen gar als Kollaborateure des Unterdrückungssystems angesehen. Die Spaltung wirke, betont Nida'a. Sie be- und entfremdet und sorgt auch für innerpalästinensische Konflikte. „Wir sitzen zwischen allen Stühlen.“

In einem schönen historischen Gebäude unweit des Hafens besuchen wir den Anwalt Hassan Jabarin, Gründer der Organisation Adalah, und seine jüngere Kollegin Lubna Touma. Regale voller Gesetzessammlungen, Gerichtsurteile und juristischer Fachzeitschriften bedecken die Wände der Büroräume. Seit bald 30 Jahren setzt sich Adalah für die Rechte der arabischen Minderheit in Israel ein, befasst sich aber auch mit

dem andauernden Unrecht der illegalen Besatzung des Westjordanlands. Während einer Pause erzählt Lubna Touma von den zahlreichen Verfahren, die sie seit dem 7. Oktober in Israel begleitet hat. Proteste von palästinensischen Bürger:innen Israels würden aktuell in einem Maße verfolgt, wie es das während keinem früheren Krieg und auch nicht während der Intifada gegeben habe. Allein wegen Posts in den sozialen Medien seien 160 Personen angeklagt worden, der Vorwurf sei immer der gleiche: Aufhetzung zu Terror oder Befürwortung von Terrorismus – selbst wenn es sich nur um Sympathiebekundungen mit den Menschen in Gaza gehandelt habe. Sogar Koran-Zitate oder simple Gebete seien als Terrorunterstützung ausgelegt worden. Hierbei greifen auch über 30 Gesetze, die in den letzten zwei Jahren verabschiedet worden sind und sich explizit gegen die palästinensische Bevölkerung des Landes richten. Zum Beispiel können nun legal Angehörige von palästinensischen Attentätern

Foto: REUTERS/Kai Pfaffenbach



Ab und an Militärhubschrauber auf dem Weg nach Gaza tun der Entspannung am Strand von Tel Aviv keinen Abbruch.

zwangsweise aus Israel nach Gaza verbracht werden. Lubna sagt es so: „Während der Rechtsstaat für palästinensische Bürger:innen Israels bis zum 7. Oktober 2023 mehr oder weniger funktioniert hat, wird unsere Existenz nun sogar verfassungsmäßig infrage gestellt.“

Uni-Campus oder Militärcamp?

Hassan, der an der Universität lehrt, berichtet, wie extrem angespannt die Situation auch dort inzwischen sei. Manche palästinensischen Studierenden seien wegen Äußerungen zum Krieg, die sie außerhalb der Uni getätigt haben, exmatrikuliert oder anderen Disziplinarmaßnahmen unterworfen worden. Viele würden den Campus inzwischen ganz meiden – während einige jüdische Studierende in Uniform und mit Waffe im Hörsaal säßen. „Es fühlt sich an wie ein Militärcamp.“ Er fühle sich wie ein Schwarzer Dozent in den 1950er-Jahren in den USA, der mit seinen weißen Studierenden über die Legitimität der Segregation diskutieren soll, sagt Hassan. „Es seien sogar Steckbriefe palästinensischer Studierender mit Zitaten aus Social-Media-Posts verbreitet worden. So würden sich immer weniger Menschen trauen, ihre Meinung zu sagen. Repression sei nichts Neues, ergänzt Hassan: „Aber so schlimm wie jetzt ist es noch nie gewesen.“ Darüber muss er lachen. Ihm fällt auf, dass sein Vater diesen Satz schon vor Jahrzehnten gesagt habe und auch er habe ihn schon mehrmals in seinem Leben gesagt.

Am Abend sind wir in einem Szenereaurant verabredet, das ausschließlich vegane und vegetarische Gerichte serviert, dazu Craft Beer und Weine aus Israel. Auf der Terrasse feiert eine fröhliche Gesellschaft. An der Hauswand gegenüber prangt ein großes Graffito, das die Elemente und den Aufbau von Picassos berühmtem Antikriegsgemälde „Guernica“ paraphrasiert: Fratzen, Figuren, der Stier, das Auge. Beti-

telt ist es mit „7.10.“. Wir treffen den israelischen Historiker Nimrod Ben Zeev. „Für viele hier beginnt und endet die Geschichte am 7. Oktober“, erklärt er. „Als wäre die Zeit stehengeblieben.“ Dieser Bann werde aber immer wieder hergestellt und verfestigt, etwa dadurch, dass eine reißerische Berichterstattung immer neue Details des Hamas-Angriffs veröffentliche und die israelische Gesellschaft das Grauen immer wieder neu durchleben lasse. Als Historiker erinnert Nimrod Ben Zeev daran, dass alles Geschichte und Kontext habe. So sei die ausbleibende Empathie gegenüber Palästinenser:innen Folge davon, dass Gaza, nicht zuletzt durch die jahrelange Abriegelung, zu „dem Anderen“ gemacht worden sei, eine Welt fernab, die nur deshalb relevant sei, weil man sich vor ihr schützen müsse. „Vorherrschaft ist eine Droge“, sagt er. Es gebe schlicht kein Interesse, die Vormachtstellung der Jüdinnen und Juden gegenüber Palästinenser:innen aufzugeben. Und eine „Gesellschaft unter Drogen“ halte Zweifel oder Widersprüche nicht aus.



Zusammen mit Janne Reuver haben Moritz Krawinkel und Riad Othman im Mai die medico-Partnerorganisationen in Israel und im Westjordanland besucht. Positive Einschätzungen haben sie nicht gehört.

Auf verlorenem Posten und dennoch unabkömmlich: Die medico-Partnerorganisationen in Israel prangern Menschenrechtsverletzungen an, leisten medizinische Hilfe und streiten für Gerechtigkeit.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Let's get together



Jeder Krieg ist schlecht, doch nicht jeder
Frieden ist gut. Ein Schwerpunkt über Versuche,
die Waffen schweigen zu lassen



Abu Zakkur, eine lokale Berühmtheit in Aleppo, trägt seit 42 Jahren nur Gelb.

Ein Drahtseilakt

Während gegen Erdoğan demonstriert wird, strebt die PKK einen Friedensprozess an. Im Gespräch mit Mithat Sancar



Mithat Sancar ist Staatsrechtler, DEM-Abgeordneter und Habermas-Übersetzer. Er hatte vor über vierzig Jahren das erste Mal Kontakt zu medico-Mitarbeiter:innen.

Wir haben uns verabredet, um über die jüngsten Entwicklungen in der Türkei zu sprechen. Denn es ist viel passiert seit Jahresbeginn...

Ja, das Jahr begann in der Tat bewegt. Nicht nur der Sturz des Assad-Regimes im benachbarten Syrien hat unmittelbare Folgen für den türkischen Staat und seinen Einfluss in der Region. Parallel zum Umsturz in Syrien bahnt sich auch in der Türkei ein neuer Friedensprozess an. Anfang Oktober 2024 sendete der MHP-Chef Devlet Bahçeli erste Signale. Dann folgte Ende Februar der Aufruf des seit 1999 inhaftierten PKK-Gründers Abdullah Öcalan zur Niederlegung der Waffen und Auflösung der PKK. Anfang Mai traf der PKK-Kongress die entspre-

chenden Beschlüsse. Das sind historische Meilensteine. Ende März gingen dann Hunderttausende auf die Straße, um gegen die Inhaftierung von Ekrem İmamoğlu, Erdogans größtem politischen Konkurrenten von der CHP und Bürgermeister von Istanbul, zu protestieren, der bis heute in Haft sitzt. Es sind aufwühlende Zeiten, in denen es aber auch eine Perspektive für nachhaltigen Frieden und eine Demokratisierung in der Türkei gibt.

Nicht nur Ekrem İmamoğlu sitzt nach wie vor und ohne Anklage in Haft. Auch weitere CHP-Bürgermeister wurden abgesetzt. Ist dies nicht eher der nächste Schritt Richtung Autokratie?

Die Gründe der Verhaftung von Ekrem İmamoğlu und seinen Mitarbeitern sind grundsätzlich politisch motiviert und so wurde es auch international wahrgenommen. Durch seine Verhaftung will Erdoğan die Bedingungen für seinen Machterhalt bei der kommenden Präsidentschaftswahl verbessern. Es ist auch nichts Neues, dass die Justiz für derartige politische Ziele instrumentalisiert wird. Kurz nach dem Putschversuch im Juli 2016 wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Unter diesen Bedingungen des Ausnahmezustandes ist dann die Verfassung durch ein Referendum im April 2017 geändert und das Präsidialsystem eingeführt worden. Damit hat die Exekutive ihre Kontrolle

und ihren Einfluss über die Justiz erheblich vertieft und ausgeweitet. Der Prozess der Autokratisierung wurde jedenfalls in den Jahren nach dem Putschversuch und mit der Verfassungsänderung rasant beschleunigt.

Der Putschversuch ist mittlerweile fast zehn Jahre her. Würdest du die Türkei denn heute als Autokratie bezeichnen? Und welche Rolle spielt dabei die von dir beschriebene politische Justiz?

Wir stehen sicherlich an einer Schwelle. Die Türkei verwandelt sich Schritt für Schritt in eine Autokratie und es fehlt nicht mehr viel, bis wir von einer vollen Autokratie sprechen können – aber noch ist es nicht so weit. Die Justiz ist schon seit vielen Jahren nicht unabhängig, vielmehr wird sie als politisches Mittel benutzt, um politische Gegner und Oppositionelle auszuschalten. Seit 2016 hat es mehrere Wellen politisch motivierter Verhaftungen und Prozesse gegeben, nicht zuletzt gegen Personen unserer Parteispitze wie Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, Abgeordnete, Bürgermeister:innen, Parteimitglieder und viele mehr. Viele von ihnen sitzen noch immer im Gefängnis. Und sehr viele Bürgermeister:innen von unserer Partei wurden abgesetzt. All das kritisieren auch Berichte der EU und des Europarates, es ist also kein Geheimnis.

Was muss in deinen Augen passieren, damit sich diese Transformation noch aufhalten lässt?

In der Türkei sind die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte, die sich gegen die Autokratisierung einsetzen, immer noch lebendig. Sie können noch die Notbremse ziehen. Es gibt die demokratische Tradition einer vielfältigen Gesellschaft. Die ist natürlich polarisiert, aber bislang kommt es nicht zu direkten Konfrontationen innerhalb der Gesellschaft. Dass wir diese Gegen-Dynamiken auf keinen Fall aus dem Blick verlieren dürfen, haben nicht zuletzt

die Demonstrationen nach der Inhaftierung von İmamoğlu gezeigt.

Wer hat da demonstriert und warum?

Es haben nicht nur CHP-Anhänger:innen gegen die Verhaftung von İmamoğlu protestiert. Die große Beteiligung Jugendlicher und Studierender war auffällig und drückt die große Unruhe in unserer Gesellschaft aus, die besonders die unter Perspektivlosigkeit leidende Jugend betrifft. Viele sind unzufrieden mit Erdoğan's Willkürregime und sehnen sich nach einer Alternative. Das muss die Opposition allerdings jetzt verstehen und eine echte politische Zukunftsperspektive für die jungen Menschen entwickeln. Denn nur mit Protesten und Versammlungen allein kann gesellschaftlicher Wandel nicht erreicht werden.

Mitten in diese neu entfachten Proteste fällt der mögliche Beginn eines historischen türkisch-kurdischen Friedensprozesses...

Der Aufruf von Öcalan am 27. Februar zur Niederlegung der Waffen der bewaffneten Einheiten der PKK und die Entscheidung des PKK-Kongresses von Anfang Mai, sich aufzulösen, sind Meilensteine. Doch wir stehen gerade erst am Anfang eines sehr langen Weges. Bemerkenswert ist allerdings, dass der angestoßene Friedensprozess etwas Einmaliges darstellt. Ich habe lange zu der Frage der Konfliktlösungen und Auflösungen bewaffneter Gruppen gearbeitet, habe Bücher, Aufsätze, Kolumnen über Südafrika, Nordirland, Spanien und Kolumbien geschrieben, war mit vielen Akteuren im Gespräch. Normalerweise beginnt ein Dialog damit, dass in Hinterzimmern Gespräche geführt werden. Dann kommt es zu Verhandlungen, dann zu Vereinbarungen und am Ende werden die Waffen niedergelegt. Die bisherigen Lösungsversuche in der Türkei, die es mit einem solchen Modell versucht haben, sind alle gescheitert – es gab ja bereits zwei Mal den Versuch, einen Friedensprozess in der kurdischen

Frage einzuleiten. Öcalan ist schon lange bereit für die Niederlegung der Waffen, 1993 erklärte er zum ersten Mal einseitig den Waffenstillstand. Diesmal hat er es anders gemacht und bereits zu Beginn die Niederlegung der Waffen und ihre Auflösung verkündet. Zwar ist die PKK in der Türkei militärisch inzwischen viel schwächer als vor zehn Jahren. Aber sie ist eben nicht nur eine bewaffnete Organisation, sondern hat auch einen großen politischen und zivilgesellschaftlichen Flügel – und zwar nicht nur in der Türkei, sondern auch in Syrien, im Irak und im Iran. Dort haben sie direkten Einfluss.

Inwieweit haben die Entwicklungen und Machtverschiebungen in der Region – in Syrien, im Libanon und in Palästina/Israel – diesen Friedensprozess befördert?

Die regionalen Entwicklungen spielen eine ganz entscheidende Rolle für den Zeitpunkt. Die AKP/MHP-Regierung sieht ihre Vormachtstellung in der Region bedroht, sie wissen, dass sie etwas ändern müssen. Nach dem 7. Oktober 2023 ist nichts mehr so wie früher und die Region sortiert sich neu: Die Machtübernahme von HTS in Syrien, die von Israels Angriffen extrem geschwächte Hamas und Hisbollah und dadurch auch ein geschwächter Iran: Es war strategisch sehr schlau, in diesen Zeiten den Friedensprozess anzustoßen – und zwar von beiden Seiten. Damit wollen alle Akteure unter diesen heiklen Bedingungen ihre Rolle in der Region neu bestimmen. Bei Friedensprozessen ist es verständlich und fast unumgänglich, dass alle Akteure eigene Ziele verfolgen. Aber für einen ernsthaften Start eines Prozesses ist es ebenso entscheidend, dass sich die Interessen in wichtigen Punkten überschneiden. Dann muss man Mechanismen für den Aufbau und Etablierung des Friedens und auch gemeinsame Narrative schaffen – da stehen wir in der Türkei allerdings noch am Anfang.

Gibt es denn eine gesellschaftliche Akzeptanz für einen solchen Prozess? Ich kenne viele Kurd:innen, die skeptisch darauf blicken und unsicher sind.

Vor einigen Tagen wurde eine Umfrage veröffentlicht, die in 16 kurdischen Städten durchgeführt worden war. Die Akzeptanz für einen Friedensprozess in der Bevölkerung liegt bei über 70 Prozent. Das ist wichtig. Aber natürlich haben viele auch Zweifel, Sorgen und Unsicherheiten. Das gilt besonders für die westlichen Teile des Landes. Die Mehrheit will einen Frieden – aber zu welchen Bedingungen? Hierbei gibt es viele offene Fragen. Das ist auch normal. Die Zurückhaltung kommt auch daher, dass viele dem AKP/MHP-Machtblock nicht trauen und vermuten, dass sie den Friedensprozess für ihre Zwecke instrumentalisieren. Daher braucht es nun Maßnahmen und Schritte, um diese Sorgen zu entkräften.

Welche Maßnahmen und nächsten Schritte wären das?

Das Parlament muss ins Handeln kommen. Wenn sich eine Organisation entscheidet, die Waffen niederzulegen, müssen die rechtlichen und faktischen Bedingungen dafür geschaffen werden. Darum muss es jetzt gehen. Es muss eine Kommission geschaffen werden, mit Vertreter:innen aller Parteien, in der rechtliche Garantien und demokratische Reformen verhandelt werden. Sie muss Transparenz für die Bevölkerung herstellen. Ohne den engagierten Friedenswillen von allen Akteuren und von der Zivilgesellschaft wird es keinen Erfolg geben. Außerdem müssen rechtliche und politische Mechanismen aufgesetzt werden. Darauf wartet die PKK jetzt. Denn es stellen sich ganz konkrete Fragen: Wie soll die Niederlegung der Waffen ablaufen? Wie sieht die gesellschaftliche Zukunft der PKK-Kader und der Kämpfer:innen aus? Für solche Fragen gibt es zahlreiche Erfahrungen in verschiedenen Ländern und auch Expert:innen, die gehört werden soll-

ten. Es gibt beispielsweise das UN-Programm „Disarm, Demobilisation, Reintegration“, das rechtliche und physische Bedingungen in solchen Konflikten verarbeitet und wichtige Standards entwickelt. Solch ein Programm muss jetzt auf die kurdische Frage angepasst werden. Der Reintegrationsprozess wird sehr umfangreich sein, auch hier braucht es internationale Expert:innen und Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen.

Wie schätzt du die Erfolgsaussichten ein? Du hast ja selbst gesagt, dass dies nicht der erste Versuch ist.

Ich bin positiv gestimmt. Denn es gibt diesmal die Chance, dass alle wichtigen Parteien, insbesondere die MHP und auch die CHP, den Prozess unterstützen. Das ist zentral, weil nur so der Prozess von großen Teilen der Gesellschaft akzeptiert wird. Bei den Versuchen 2013 und 2015 stand die CHP nicht vollumfänglich hinter dem Friedensprozess, die MHP war strikt dagegen, andere Parteien auch. Das ist jetzt anders. Auch deswegen ist die Verantwortung aller politischen Akteure sehr groß, sachlich vorzugehen und die nächsten Schritte gut zu wählen. Nur so wird die Akzeptanz größer und werden die Sorgen kleiner.

Du hast schon zu Beginn gesagt, der Friedensprozess ist für dich ein wichtiger Schritt für die Demokratisierung der Türkei. Inwiefern?

Ich spreche von einem wichtigen Potenzial, denn neben den Chancen und Möglichkeiten gibt es natürlich auch Risiken. In den letzten 40 Jahren war die „Terrorismusbekämpfung“ ein entscheidendes Argument, um die Lage der Menschenrechte und Demokratie in der Türkei nicht zu verbessern, sondern sie sogar zu verschlechtern. Ein nachhaltiger Frieden in einem Konflikt, der seit über 40 Jahren bewaffnet geführt wird und eine Lösung in der Kurdenfrage, die seit über 100 Jahren besteht, wäre eine große Errungenschaft für die ge-

samte Gesellschaft. So würden auch Türen für eine Demokratisierung hier und einen gesellschaftlichen Frieden in den Nachbarländern und im Nahen Osten geöffnet. Deshalb ist der Prozess international von großer Bedeutung. Eine große Gefahr sehe ich darin, dass Demokratieforderung gegen Friedensbestrebung ausgespielt wird. Alle Kräfte dieser beiden Stränge zusammenzubringen, das ist jetzt unsere Aufgabe. Ein nachhaltiger Frieden kann nicht ohne Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und rechtliche Garantien funktionieren. Umgekehrt sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ohne Frieden nicht möglich. Die Lage in der Türkei

Es gibt in der Türkei immer noch eine demokratische Tradition und eine vielfältige Gesellschaft.

muss also entspannt werden, um die Willkürherrschaft zurückzudrängen. Deshalb müssen wir die Verhaftungen der Bürgermeister verteilen und dagegen protestieren – und gleichzeitig die Friedensbestrebungen in der Kurdenfrage ernst nehmen und unterstützen. Nur so lässt sich eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erreichen – und damit die Etablierung eines nachhaltigen Friedens unter demokratischen Verhältnissen.

Das Interview führte Anita Starosta.

Deser- teure aller Länder



Nach einem von vielen russischen Drohnenangriffen auf Charkiw im Juni 2025.

Unzählige versuchen, ihrem Schicksal als Kanonenfutter im Ukraine-Krieg zu entgehen. medico unterstützt sie dabei

Von Mario Neumann

Am Ende habe er sich selbst angeschossen, allerdings gut vorbereitet, sodass es ausgesehen habe wie ein Treffer nach feindlichem Beschuss. „Ich habe mit verschiedenen Möglichkeiten geliebäugelt, die Armee zu verlassen. Ich wäre sogar lieber inhaftiert worden. Doch selbst im Gefängnis kann man rekrutiert werden.“ Ein junger Mann berichtet auf einem Online-Vernetzungstreffen einer Organisation zur Unterstützung russischer Deserteure und Kriegsdienstverweigerer die Geschichte seiner erfolgreichen Flucht aus der russischen Armee. Er stammt, so berichtet er, aus einfachen Verhältnissen und habe nach einem Militärinternat schließlich die Militärakademie besucht. Das alles habe er als Chance zum Aufstieg begriffen. Bevor er 2022 an die Front in der Ukraine geschickt wurde, sei er zwei Jahre in Syrien stationiert gewesen. An dem Treffen nimmt er teil, weil er nach seinem erfolgreichen Selbstbeschuss von der Front evakuiert und erst in ein Krankenhaus, dann in eine Reha-Einrichtung verbracht worden sei. Von dort konnte er schlussendlich 2023 mit Unterstützung der tagenden Organisation nach Kasachstan fliehen. Seitdem lebt er dort. Und weil er keine Papiere besitzt, kann er das Land auch nicht verlassen.

Wie viele solcher Versuche es seit dem Beginn des Ukraine-Krieges gegeben hat und wie viele davon erfolgreich waren, darüber kann nur

spekuliert werden. Klar ist jedoch, dass ihre Zahl seit Beginn des Krieges stetig steigt, was sich auch an den anhängigen Gerichtsverfahren in Russland gegen Soldaten widerspiegelt, für die Delikte wie das Verlassen einer militärischen Einheit oder Fahnenflucht wie fast überall auf der Welt als Straftaten gelten. Weitaus höher dürfte die Zahl derjenigen liegen, die nicht die ungleich schwierigere Flucht aus der Armee geschafft haben, sondern sich einer drohenden oder bevorstehenden Einberufung durch Flucht ins Ausland bereits rechtzeitig entzogen haben. Ende 2023 schätzten verschiedene Quellen die Zahl russischer Kriegsdienstverweigerer, die im Ausland auf der Flucht sind, auf mindestens 250.000. Addiert man zu dieser Zahl noch Familienangehörige, die oftmals mit auf der Flucht sind, so könnten es bis zu einer Million Menschen sein, die das Land verlassen haben, weil sie selbst oder ihre Angehörigen einer Einberufung entgehen wollten.

Ungewisse Zuflucht in Georgien

In einem Vorort der georgischen Hauptstadt Tiflis gibt es eine Art Wohnprojekt, wo Menschen mit solchen Geschichten ankommen und auch mittelfristig unterkommen können. Die Szenerie ist filmreif. Ankunft auf einer dunklen Straße am Berg, aus der Dunkelheit

kommt nach Handykontakt eine Person hervor und winkt die Besucher:innen herein. Was von außen wie ein Versteck wirkt, ist im Inneren so etwas wie eine russische Villa Kunterbunt: Von liberalen Journalist:innen bis zu anarchistischen Aktivist:innen (die auf eine ziemlich liberale Art tonangebend sind und augenscheinlich auch in Europa einen Teil ihrer Kaderschule durchlaufen haben), von queeren Oppositionellen bis zu Kriegsdienstverweigerern trifft sich hier die ganze aus dem Land vertriebene Multitude. Es sind knapp zwei Dutzend Leute, die bei Essen und Schnaps von ihren Fluchtgeschichten, aber auch ihrer Angst von einer weiteren Ostorientierung Georgiens und der damit schwindenden Sicherheit für die russische Opposition im Land berichten. Während viele Georgier:innen auch aus Angst vor einer militärischen Eskalation wie in der Ukraine die einseitige Bindung an die EU für gefährlich halten und trotz großer Sympathien für die EU eine parallele Annäherung an Russland befürworten, ist für die russischen Oppositionellen im Land das Gegenteil gefährlich. Es sind komplizierte Zeiten.

Die meisten der russischen Flüchtlinge haben hier in Georgien, in Armenien und in Kasachstan Zuflucht gesucht, manche auch in der Türkei und in Israel, einige in Serbien. Nach Europa schaffen es wenige, bleiben darf kaum jemand. Das Argument der Behörden, auch in Deutschland: In Russland existiert ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, eine drohende Einberufung reiche als Asylgrund daher nicht aus. Dass dieses formale Recht jedoch oftmals mit Übergriffen, Schikanen und auch Gewalt ausgehebelt wird, interessiert die deutsche Öffentlichkeit und auch viele Gerichte kaum. Hierzulande wurden seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine etwa 6.300 Asylanträge gestellt, gerade einmal 350 Personen sind als Schutzsuchende anerkannt worden. Wenn es um den Ukraine-Krieg geht, ist Russ-

land für Deutschland das ultimativ Böse und Aufrüstungs- wie Waffenproduktionsgrund. Geht es um Asylpolitik, ist es ein fast sicheres Herkunftsland. Nimmt man nicht die 6.300 Anträge zum Maßstab, sondern die Zahl aller, die auf der Flucht sind, geht der deutsche Beitrag zu ihrer Versorgung gen null.

Kriegsdienstverweigerer in Deutschland

Es kümmert die deutsche Öffentlichkeit übrigens auch wenig, dass in der Ukraine ein solches Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht einmal auf dem Papier existiert, oder besser: nicht mehr. Es wurde zu Beginn des Krieges suspendiert und ist nur in Ausnahmefällen noch anwendbar, beispielsweise aus religiösen Gründen. Die Berichte von Straßenkontrollen der Armee und öffentlichen Razzien, bei denen nach Wehrpflichtigen gefahndet wird, häufen sich, erst recht, seit die Regierung ein neues Mobilisierungsgesetz verabschiedet hat. Die Ukraine leidet bekanntermaßen nicht nur an fehlenden Waffen und Munition, sondern auch an einer erschöpften und ausgedünnten Armee. Seit soldatischer Nachschub aus dem lange Zeit noch verschonten Kiew kommt, machen die Maßnahmen zur Einberufung gelegentlich auch in Deutschland Schlagzeilen. Vorher, als vor allem die ländlichen und östlichen Regionen die Kriegslast trugen und das Menschenmaterial lieferten, waren in Kiew die Fitnessstudios und Straßen noch voller Männer im wehrpflichtigen Alter. Jetzt, so wurde kürzlich berichtet, werden sogar Rockkonzerte für Kontrollen und Rekrutierungen genutzt.

Viele junge Männer sind indes gar nicht mehr im Land. Zwar hatte die Regierung sehr schnell nach Beginn des Krieges ihre Ausreise zu verhindern versucht, aber es dauerte eine Weile,

bis die Grenzen beinahe lückenlos kontrolliert werden konnten. Unter den 1,1 Millionen Ukrainer:innen, die in Deutschland registriert sind, befinden sich laut Statistischem Bundesamt immerhin rund 220.000 Männer im wehrpflichtigen Alter. Auch sie stehen mittlerweile auf der Liste der potenziell zu rekrutierenden Soldaten.

Im letzten Sommer schaltete die Regierung für sie die App „Reserve+“, die damit beworben wird, dass man hier seine „persönlichen Daten bequem aktualisieren“ könne. Doch tatsächlich ist die App Voraussetzung, um überhaupt noch die Dienste der Botschaft in Anspruch nehmen zu können. Gleichzeitig können dies Männer zwischen 18 und 60 nur noch dann tun, wenn sie über ein Militärregisterdokument verfügen. Das heißt im Umkehrschluss: Wer als wehrfähiger Mann nach einer gewissen Zeit im Ausland seinen Pass verlängern möchte oder andere ukrainische Dokumente benötigt, muss sich bei der Armee registrieren und ist damit in den neuen Rekrutierungssystemen erfasst. Der Krieg braucht Nachschub von überall: Seit Mai 2024 können sogar Häftlinge in der Ukraine, sofern sie nicht bestimmter Straftaten schuldig gesprochen wurden, einen Antrag auf Mobilisierung stellen und ihre Haftzeit gegen einen Fronteinsatz tauschen. In Russland gibt es ähnliche Ansätze, die diversen marginalisierten Gruppen des Landes bei der Rekrutierung für den Krieg besonders in den Blick zu nehmen: Menschen ohne russischen Pass, Verschuldete und eben auch Gefängnisinsassen. Laut Angaben des ukrainischen Auslandsnachrichtendienstes sollen es zwischen 140.000 und 180.000 sein.

Ende vergangenen Jahres schätzte das Wall Street Journal, dass im Ukraine-Krieg etwa 80.000 ukrainische Soldaten gefallen und 400.000 verletzt worden seien. Auf russischer Seite seien es doppelt so viele Tote. Diese Zah-

len stellen eine andere Frage an einen nötigen Frieden als die moralisch aufgeladene Feldherrenattitüde der deutschen Medienlandschaft und Politik, die über Waffenlieferungen spricht, als wäre der Krieg ein Technologie-wettbewerb und kein Massengrab. Die vielen russischen und ukrainischen Kriegsdienstverweigerer hingegen sind eine der wesentlichen Realitäten eines über drei Jahre andauernden Stellungskriegs. Sie erzählen eine andere Geschichte als der fortwährende Diskurs, der einzig einen durch militärische Überlegenheit des Westens hergestellten Frieden kennt. Und sie fordern ein Nachdenken darüber, ob nicht auch russische Soldaten zu den Verdammten dieser Erde gehören.



Gemeinsam mit Karoline Schaefer bereiste Mario Neumann im letzten Jahr sowohl die Ukraine als auch Georgien. Vor Ort trafen sie Netzwerke der Desertion und Kriegsdienstverweigerung, die medico mittlerweile unterstützt.

medico unterstützt über den Verein Connection e.V. Kriegsdienstverweigerer im Kontext des Ukraine-Krieges. Über einen Fonds können Netzwerke Unterstützung beantragen, die mit praktischer Hilfe, Beratung oder Öffentlichkeitsarbeit das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen. Viele von ihnen operieren klandestin und ihre Arbeit ist geheim. Ihre Unterstützung ist dennoch wichtig.

Spendenstichwort: Ukraine

Barbarei und Hoffnung

Die Auseinandersetzungen um ein neues Syrien gehen weiter

Von Anita Starosta

Es war ein historischer Handschlag. Am 10. März 2025 reichten sich HTS-Milizenführer Ahmed al Scharaa und der Oberbefehlshaber der kurdisch dominierten SDF- Streitkräfte Mazloum Abdi in Damaskus die Hand. So besiegelten sie ein Grundlagenabkommen, das die Rechte der Kurd:innen als Minderheit und ihre Zugehörig-

keit zu Syrien zum ersten Mal in der Geschichte des Landes anerkennt und damit hoffentlich auch den Weg für die Drusen, Alawiten und alle anderen Minderheiten im Land ebnet. Ein 10-Punkte-Plan soll dies sicherstellen. Vor dem Sturz von Diktator Assad wäre ein solches Treffen undenkbar gewesen.

Trotzdem steht al Scharaa mit seiner islamistischen Miliz HTS und seiner al-Kaida-Vergangenheit auch für die Verbrechen, die an Kurd:innen, anderen Minderheiten und an demokratischen Oppositionellen in den letzten Jahren im Land begangen worden sind. Al-Scharaa saß fünf Jahre in US-Gefangenschaft in Abu Ghraib, jahrelang war auf ihn ein Kopfgeld in Höhe von zehn Millionen US-Dollar ausgesetzt. Dass er nun zum Verhandlungspartner der SDF und der kurdischen Selbstverwaltung geworden ist, ist nur einer von vielen Widersprüchen, die den steinigten Weg in ein neues Syrien kennzeichnen.



Die Nachfrage nach Revolutionsdevotionalien ist in Damaskus noch groß.

Massaker in Latakia

Das Treffen zwischen den beiden Vertretern von SDF und HTS fand nur wenige Tage nach dem Beginn der Massaker an Alawit:innen an der syrischen Küste bei Latakia statt. Über den Zeitpunkt des Handschlags wurde entsprechend viel spekuliert. Die Massaker haben all jene, die nach dem Sturz des verbrecherischen Assad-Regimes auf ein freies und gleichberech-

tigtes Syrien hofften, zutiefst erschüttert und an eigene Schicksale erinnert – sei es der Genozid an den Jesid:innen durch den IS oder die Gräueltaten der SNA-Milizen in Afrin oder Serekaniye an der kurdischen Bevölkerung. In Latakia verzeichnen lokale Beobachterstellen nach aktuellem Stand über 1.400 Tote, die von radikalislamistischen Milizen wie der türkisch finanzierten SNA (Syrian National Army) verübt worden sind. Die Sicherheitskräfte der HTS verhinderten die Massaker nicht, sondern ließen die Täter gewähren und waren teils selbst beteiligt.

Die grausamen Tötungen in der Küstenregion sind auch Ergebnis der jahrzehntelangen Spaltungen, die der Assadismus und der Bürgerkrieg hervorgebracht haben. Das Regime stützte sich wesentlich auf eine Politik der religiösen und ethnischen Aufspaltung Syriens und behauptete die Minderheit der Alawit:innen als staatstragende Gruppierung. Zu den brutalen Massentötungen mag auch die Wut darüber beigetragen haben, dass die Übergangsregierung noch keine Maßnahmen zu einer ernsthaften Aufarbeitung der Assad-Verbrechen eingeleitet hatte. Mehr als symbolisch war hingegen die unmittelbare Solidarität mit den betroffenen Alawit:innen, die Nothelfer:innen vom Kurdischen Roten Halbmond geleistet haben. Noch während der Massaker machten sie sich im Konvoi auf den Weg, um LKWs mit Hilfsgüter an die Küste zu bringen. Kein ungefährliches Unterfangen.

Seit dem Abkommen im März befinden sich SDF und HTS in Verhandlungen über die Ausgestaltung eines neuen Syriens. Ende Mai kam es zu einem ersten Treffen zweier Delegationen in Damaskus. Auf Seiten der Selbstverwaltung saßen vier Frauen mit am Verhandlungstisch, auf der der Übergangsregierung nur Männer. Bei dem Treffen wurden Absprachen getroffen, etwa zum gemeinsamen Kampf gegen den IS oder zur Dezentralisierung des Bildungssystems. In-

nerhalb Syriens wird sich das Modell der Selbstverwaltung, wie es in Rojava praktiziert wird, allerdings nicht durchsetzen. Daher geht es nun vor allem um die Sicherung von Autonomierechten und die Durchsetzung der Forderung nach Rückkehr der Vertriebenen aus Afrin und Serekaniye, um Frauenrechte und die Beteiligung von Minderheiten. Es ist der Beginn eines Prozess, der lange dauern wird und dessen Ausgang mehr als ungewiss ist.

Übergangsverfassung mit autoritären Zügen

Die Unsicherheit spiegelt sich auch in den Auseinandersetzungen um den Entwurf einer Übergangsverfassung, die die neue syrische Regierung vorgelegt hat. Kurdische Vertreter:innen kritisieren, das darin weder Frauen- noch Minderheitenrechte vorgesehen sind. Der Entwurf schlägt eine Zentralisierung der Macht vor, die der Exekutivgewalt umfassende Befugnisse zugesteht. Das weckt Skepsis angesichts der Vorgeschichte der HTS-Miliz. Zudem sollen weiten Teile der alten Verfassung übernommen werden, was Befürchtungen nährt, dass viele autoritäre Strukturen unangetastet bleiben. Zwar soll das islamische Recht die „Hauptquelle“ für die Gesetzgebung darstellen, gleichzeitig gewährt die Übergangsverfassung Glaubensfreiheit. All das soll vorläufig gelten, eine eigenständige und neue Verfassung erst in den kommenden Jahren erarbeitet werden. Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass in Syrien noch nichts in Stein gemeißelt ist. Die kurdisch dominierte Selbstverwaltung in Rojava hat sich durch ihre Offenheit gegenüber den neuen Machthabern in Syrien zumindest die Möglichkeit gesichert, weiter über die verfassungsrechtliche Ausgestaltung des Landes mitzureden.

Wie schnell der neue Machthaber al-Scharaa trotz seiner Vergangenheit international aner-

kannt worden ist, beobachten die Vertreter:innen der Selbstverwaltung hingegen mit Erstaunen. Seit Jahren versuchen sie, sich auf internationalem Parkett zu behaupten und ringen um die politische Anerkennung der Selbstverwaltung. Doch inzwischen können auch sie Bilder mit Mitarbeiter:innen des deutschen Auswärtigen Amtes, Vertreter:innen der deutschen Botschaft oder mit hochrangigen französischen Politiker:innen in den sozialen Medien posten. Bessere Kooperationen werden in Aussicht gestellt. Das dürfte sich auch der Auflösung der PKK in der Türkei verdanken.

Es bleibt bemerkenswert, wie zügig al-Scharaa und die HTS zu „Stars“ auf dem internationalen Parkett geworden sind. US-Präsident Trump kam zum Händeschütteln in die Golfregion und inszenierte einen Deal. Eine Begegnung zwischen einem US-Präsidenten und einem syrischen Staatschef hatte es zuletzt vor 25 Jahren gegeben. Kurz darauf folgte die Ankündigung der US-Administration, die Sanktionen aufzuheben. Nachdem die Kürzungen der USAID-Gelder Ende Januar das Land noch schwer getroffen hatten, brachte sie Tausende zu Jubelfeiern auf die Straßen der syrischen Städte. Die Revolutionsfahne wurde geschwenkt, Hupkonzerte schallten durch die Straßen. Es waren die größten Feiern seit dem Sturz von Assad am 8. Dezember 2024.

Nur wenige Tage später kündigte auch die EU an, die Wirtschaftssanktionen vollständig aufzuheben, auch das ein langersehntes Signal zur Unterstützung des Wiederaufbaus und ein Grund für Zuversicht. Die Sanktionen gegen Assad und seine Verbündete hatten in den letzten Jahren der Diktatur die größtenteils verarmte Bevölkerung getroffen und die Lebensbedingungen im kriegsgebeutelten Alltag erheblich verschlechtert. Fehlende Importe und ausbleibende Überweisungen aus dem Ausland führten zu Inflation und Verknappung der Güter. Un-

terdessen gelang es der Assad-Familie, sich an den Hilfslieferungen der UN und durch den illegalen Handel mit Captagon zu bereichern. Die Aufhebung der Sanktionen sind allerdings an zahlreiche amerikanische Bedingungen geknüpft. Sie reichen von der Ausweisung palästinensischer Milizen über die Unterstützung im Kampf gegen den IS und einen syrischen Beitritt zum Abraham-Abkommen bis zur Bevorzugung von US-Investitionen in den Öl- und Gassektor und der Migrationsabwehr. Auch Europa oder arabische Regionalmächte wittern ihre Chance – der neoliberale Ausverkauf des Landes hat längst begonnen. Gleichzeitig birgt die Situation eine historische Chance für den Wiederaufbau und die Stabilisierung des vom Bürgerkrieg geschundenen Landes.

Hoffnungsvoll stimmt weiterhin die Solidarität unter den Syrer:innen – in der Diaspora wie in Syrien selbst, wie wir sie unter unseren Partnerorganisationen und vielen zivilen Netzwerken aktuell erleben. Wenn auch die Skepsis gegenüber dem neuen Machthaber groß ist, will sich niemand die Freiheit, die der Sturz von Assad gebracht hat, nehmen lassen. Die demokratische Zukunft des Landes hängt an der Aufarbeitung der schrecklichen Verbrechen von Assad und auch an der Anerkennung des Leids, das IS und andere Milizen den Menschen zugefügt haben. Ob es gelingt, die konfessionellen Spaltungen des Assadismus zu überwinden und den Schutz bzw. die Gleichberechtigung von Minderheiten zu verwirklichen – hieran muss sich das neue Syrien auf Dauer messen lassen.



Anita Starosta war zuletzt zu Beginn des Jahres in Syrien – und zum ersten Mal in Damaskus. Seit Jahren verfolgt sie die Entwicklungen in der Region und steht besonders mit den kurdischen Partnern im Austausch.

Falscher Frieden

Seit 20 Jahren kämpft UMAM im Libanon für die Aufarbeitung des Bürgerkriegs

Von UMAM [Documentation & Research]

Am 13. April 2025 gedachten der Libanon und seine Zivilgesellschaft des 50. Jahrestags des Ausbruchs des libanesischen Bürgerkriegs. Obwohl dieser allgemein als „fünfzehn Jahre andauernder“ Krieg rezipiert wird, lassen die anhaltenden Dynamiken im Libanon daran zweifeln, ob dieser jemals wirklich geendet hat.

An jenem 13. April 1975 jedenfalls wurde eine Prozession zur Einweihung einer Kirche im mehrheitlich christlichen Viertel Ain Al-Rummaneh im Osten Beiruts aus einem vorbeifahrenden Auto beschossen. Mehrere Stunden später kam es zu einem Vergeltungsangriff auf einen Bus mit palästinensischen Passagieren, der durch das Viertel fuhr, wobei die meisten Insassen getötet wurden. Wie bei ähnlichen Konflikten waren diese Ereignisse jedoch lediglich der Funke, der auf schwelende, im Libanon tief verwurzelte Spannungen traf und diese entzündete. Der Libanon war und ist von einem politischen System geprägt, das nicht nur durch konfessionelle Zugehörigkeit bestimmt wird, sondern auch durch ein rigides Paritätssystem: Die Macht wird auf Grundlage angeblich starrer demografischer Verhältnisse definiert. Ein mündliches Abkommen, bekannt als „Nationalpakt“, teilte die Macht offiziell zwischen Christ:innen und Muslim:innen auf. De facto übertrug es sie aber vor allem einer etablierten christlichen Elite, während andere Gemeinschaften, insbesondere die Schiiten, vernachlässigt wurden. Konfessional(isiert)e

Identitäten wurden von den politischen Akteuren schon lange vor Ausbruch des Krieges instrumentalisiert und polarisiert.

Außenpolitisch war der Libanon ein strategisch bedeutsamer Ort für ganz verschiedene Player – lange vor, während und auch nach dem Krieg. Durch die Aufnahme von über 100.000 palästinensischen Flüchtlingen im Jahr 1948 und die Verlagerung des PLO-Hauptquartiers in den Libanon im Jahr 1970 wurde das Land zum Austragungsort von Auseinandersetzungen zwischen der PLO und Israel. Dies führte zu mehreren Phasen intensiver Gewalt und israelischer Besatzung – besonders 1978 und 1982. Letztere führte zur Einrichtung einer von Israel kontrollierten, sogenannten Sicherheitszone im Süden des Libanon, die bis zum Jahr 2000 Bestand hatte. Auch Syrien, das sich selbst als Schutzmacht des Libanon betrachtete, mischte sich ab 1976 militärisch ein und blieb bis zum Abzug seiner Truppen im Jahr 2005 präsent.

Der Bürgerkrieg forderte schätzungsweise 150.000 Todesopfer und verursachte sowohl interne Vertreibung als auch massenhafte Auswanderung. Das führte zu einer neuen räumlichen Ordnung entlang konfessioneller Linien. Milizen übernahmen Staatsfunktionen wie Sozialleistungen, Sicherheit und Rechtsprechung innerhalb ihrer jeweiligen Gebiete. Gewalt wurde zu einem zentralen Mittel der Machtsicherung und territorialen Kontrolle. Das ursprünglich zur

Förderung des Zusammenlebens gedachte konfessionelle System verfestigte die Spaltung während des Bürgerkriegs und markierte den Übergang von einem fragilen Miteinander zu gegenseitigem Ausschluss.

Der Bürgerkrieg endete offiziell 1990 mit dem Taif-Abkommen. Oft als Friedensvertrag bezeichnet, war es de facto ein Kompromiss zur Teilung der Macht, der den Staat stabilisieren sollte, aber keinen umfassenden Frieden schuf und die Logik des Bürgerkriegs nur zu „zivilisieren“ versuchte, aber sie keinesfalls überwand. Die konfessionelle Struktur blieb weitgehend unangetastet, obwohl sie den realen demografischen Verhältnissen nicht entsprach. Taif wurde zum Instrument staatlich verordneter Amnesie, verstärkt durch alte und neue Mechanismen konfessioneller Spaltung, ausländischer Einflussnahme und fortdauernder politischer Gewalt. Warlords blieben an der Macht und politische Diskurse fragmentiert, geprägt von selektiver Erinnerung, konfessionellen Erzählungen und umstrittenen Wahrheiten. Konfessionelle Vetomechanismen behinderten politische Reformen, es wurden auch keine Mechanismen einer Übergangsjustiz wie eine Wahrheitskommission oder ein Kriegsverbrechertribunal eingerichtet. Stattdessen wurde 1991 ein Amnestiegesetz verabschiedet, das eine Kultur der Straflosigkeit zementierte. Massengräber blieben unberührt, das Schicksal Tausender Vermisster ungeklärt.

Gleichzeitig blieb der Libanon ein Schauplatz geopolitischer Stellvertreterkonflikte: Die Monopolstellung der Hisbollah im bewaffneten Widerstand gegen Israel verband die libanesische Souveränität mit regionalen Dynamiken, die insbesondere durch Syrien und Iran bestimmt wurden. Nach dem Rückzug der syrischen Armee weitete die Hisbollah ihren Einfluss auf alle relevanten staatlichen Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene aus – inklusive der Jus-

tiz – und griff, wann immer ihre Interessen berührt waren, sogar durch Attentate, massiv ein.

Aufarbeitung und Erinnerung

In diesem Vakuum hat sich die Zivilgesellschaft nach und nach Räume für Austausch, kritische Forschung, Dialog und Erinnerung erschlossen, um der von oben verhinderten Aufarbeitung nachzugehen. Zu einem zentralen Akteur ist dabei unsere Initiative „UMAM Documentation and Research“ geworden, die 2005 von Lokman Slim, einem libanesischen schiitischen Intellektuellen und Verleger, und Monika Borgmann, einer deutschen Journalistin und Filmemacherin, gegründet wurde. Als Forschungs- und Bürgerzentrum beschäftigt sich UMAM mit der konfliktreichen Vergangenheit des Libanon, mit dem Ziel, eine fundierte Auseinandersetzung mit der Geschichte des Libanon zu fördern – als Grundlage für Debatten über Gegenwart und mögliche Perspektiven des Landes.

Prägende Projekte von UMAM entstanden beispielsweise im Zusammenhang mit dem Dokumentarfilm „Tadmor“ aus dem Jahr 2016. Der Film entstand in den Jahren nach dem Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon. In ihm spielen ehemalige libanesische Häftlinge des berüchtigten syrischen Gefängnisses Tadmor (Palmyra) ihre Erfahrungen der Haftzeit nach. Dabei konfrontierten sie sich mit ihrem Trauma und ihrem Schmerz, erlangten aber auch Selbstermächtigung zurück, indem sie sowohl die Rolle der Gefangenen als auch der Wärter einnahmen und stellvertretend für jene sprachen, die nicht mehr sprechen konnten. Dieses Projekt gab den Anstoß für zahlreiche weitere Initiativen von UMAM – darunter das Theaterstück „Der deutsche Stuhl“, die Veröffentlichung von Zeugenaussagen und zahlreiche öffentliche Veranstaltungen. Persönliche Zeugnisse verbanden sich dabei immer mit politischen Forderungen und dem Fokus auf ver-

drängte Dynamiken – wie die langanhaltende Präsenz syrischer Truppen im Libanon oder die vielfältigen Mechanismen von Straflosigkeit. Neben Tadmor widmete sich UMAM Projekten wie der Initiative „Missing... And They Never Came Back“ über die Verschwundenen des Libanon und dem MENA Prison Forum (MPF), das Gefängnisse in der MENA-Region im Kontext von Repression und Widerstand untersucht. Angesichts der sich vertiefenden Krise im Libanon und im Bewusstsein um den Wert sicherer Räume sowie diasporischer und globaler Perspektiven haben wir außerdem ein Büro in Berlin gegründet, um mit deutschem, arabischem und internationalem Publikum in Dialog zu treten.

Neue Krisen und Hoffnungsschimmer

Jenseits der strukturellen Herausforderungen in Bezug auf Erinnerung und Verantwortung kämpft der Libanon weiterhin mit akuten Krisen. Im Herbst 2019 erlebte das Land einen massiven Finanzkollaps und eine breit getragene, konfessionsübergreifende Protestbewegung gegen das politische Establishment. Diese Bewegung stellte etablierte Narrative infrage und weckte Hoffnung auf einen reformierten und de-konfessionalisierten Libanon. Doch neue Krisen erschütterten das Land – etwa die Explosion im Hafen von Beirut im August 2020, bei der über 200 Menschen starben. Die Katastrophe wurde weithin auf Vernachlässigung und Missmanagement der Regierung sowie auf die Hisbollah zurückgeführt. Zuletzt führte der Krieg zwischen Hisbollah und Israel ab Herbst 2024 zu massiver Zerstörung und Vertreibung im gesamten Land sowie zur Zerschlagung der Hisbollah-Führung und einem Rückgang ihres Einflusses auf nationaler und regionaler Ebene. In den letzten Monaten zeigten sich erneut leichte Hoffnungsschimmer. Der Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 nahm vielen Menschen in Syrien und im Libanon die Angst

vor dem syrischen Regime. Die Wahl von Präsident Joseph Aoun und Premierminister Nawaf Salam sowie die Bildung einer neuen Regierung Anfang des Jahres sehen viele als eine politische Öffnung – einschließlich einer Bereitschaft, sich kritisch mit der Vergangenheit des Libanon auseinanderzusetzen.

Der 50. Jahrestag der Ereignisse vom April 1975 bot in diesem Frühling Gelegenheit, eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart der libanesischen Verhältnisse zu forcieren. Im Rahmen der Gedenkveranstaltungen zum Bürgerkrieg organisierte UMAM unter dem Titel „50 Years Of Déjà Vu“ eine Ausstellung und Diskussion. Die zentrale Frage lautete: Wie etwas archivieren, was noch nicht zu Ende ist? Auch die Amerikanische Universität Beirut (AUB) startete ein einjähriges Programm unter dem Titel „Fifty Years of Amnesia“. Die libanesischen Zivilgesellschaft bleibt eine zentrale Kraft in diesen Debatten – sie bewahrt Erinnerung, fordert Rechenschaft ein und arbeitet an einer inklusiveren historischen Erzählung des Bürgerkriegs, dessen Ende ohne die nötige Aufarbeitung ein unvollständiger Frieden bleibt.

*Monika Borgmann, Bernhard Hillenkamp,
Stella Peisch*

Flucht, Krieg, Staatszerfall, Armut: Wie im Brennglas verdichten sich im Libanon die Krisen. medico arbeitet mit lokalen Gesundheitsorganisationen, in der Unterstützung von Flüchtlingen und mit Initiativen für das Recht auf Stadt. Die Aufarbeitung des Krieges durch UMAM fördert medico von der ersten Stunde an.

Spendenstichwort: Nahost

Alle in Sicherheit?

Befrieden durch Wegsperrern: Die autoritäre Politik in El Salvador macht Schule

Von Jana Flörchinger

Mitte März erhielt El Salvador unerwartet große Aufmerksamkeit: Das kleine Land in Zentralamerika durfte am Tisch der globalen extremen Rechten Platz nehmen. Trotz Untersagung durch das höchste US-Gericht wurden 238 Venezolaner:innen in den Strafvollzug nach El Salvador abgeschoben. Zum einen war das Geschäft mit den Menschen, vor allem Arbeitsmigrant:innen und ein paar Kriminelle, ein Ritterschlag für El Salvadors Präsident Nayib Bukele, der ihm eine Legitimation der Menschenrechtsverletzungen im Zuge des autoritären Umbaus des Landes lieferte. Zum anderen bot der Deal Donald Trump die Gelegenheit, sich über das Gesetz zu stellen und zugleich seiner entmenslichenden Rhetorik Taten folgen zu lassen.

Was die Männer in den Hochsicherheitsgefängnissen El Salvadors erwartet, kann nur gemutmaßt werden. Familien von Inhaftierten kritisieren, dass ihre Angehörigen ohne Anklage, ohne Urteil und ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten werden. Die wenigen, die freikommen, berichten von entmenslichenden Haftbedingungen, von psychischer wie physischer Folter. Sie kehren ausgehungert und in desolatem Gesundheitszustand zurück zu ihren Familien. Mindestens 375 Menschen sind in den drei Jahren des immer wieder erneuerten Ausnahmezustands in den Gefängnissen gestorben, darunter 26 Frauen und vier Babys. Menschenrechts-

organisationen berichten von Folterspuren an den Körpern der Toten.

Jahrelang galt El Salvador als eines der gefährlichsten Länder der Welt, fest im Griff krimineller Banden. Nachdem im März 2022 an einem Wochenende 87 Menschen ermordet worden waren – als blutige Antwort der Banden auf gescheiterte Verhandlungen mit der Regierung – ließ Bukele den Ausnahmezustand ausrufen. Seitdem werden vor allem junge Männer, die dem mutmaßlichen Profil eines

Rechtsstaatliche Prinzipien sind außer Kraft gesetzt, autoritäre Willkür regiert. Doch darüber sprechen nur wenige.

Bandenmitglieds entsprechen, bei Razzien festgenommen. Die massenhafte Inhaftierung von inzwischen über 84.000 Menschen wird, wie auch bei den abgeschobenen Venezolaner:innen, begleitet von demütigenden, entmenslichenden Bildern – eine Pädagogik der Grausamkeit. Mit dramatischer Musik unterlegte Pressevideos demonstrieren Macht



Zwei mutmaßliche Bandenmitglieder werden am 25. April 2022 zur Staatsanwaltschaft in San Salvador gebracht.

und Stärke von Militär und Polizei. Assoziationen mit faschistischer Ästhetik liegen nahe, wenn Tausende Männer in weißer Sträflingskleidung von vermummten Wärtern in die gigantischen Betonhallen des Antiterrorgefängnisses getrieben, mit auf den Rücken gebundenen Händen zu Boden gezwungen und in Sammelzellen gepfercht werden. Die drasti-

schen Bilder gehen um die Welt und Bukele rückt ins Rampenlicht: Nicht nur in Lateinamerika wird er als Held gefeiert, der es geschafft hat, die Gewalt der Banden zu beenden. Zwar ist die Mordrate in dem kleinen Land deutlich gesunken und ist die Gesellschaft von der alltäglichen Angst vor Hinrichtungen, Vergewaltigungen und Erpressungen befreit. Die Sicher-

heit hat allerdings einen hohen Preis: Rechtstaatliche Prinzipien sind außer Kraft gesetzt, autoritäre Willkür regiert. Doch darüber sprechen nur wenige. Wer Menschenrechtsverletzungen thematisiert oder willkürliche Festnahmen kritisiert, muss um seine eigene Sicherheit fürchten. Zuletzt wurde Ruth López, die Leiterin einer der wichtigsten NGOs im Land, festgenommen. Aus Angst vor Verhaftung verließen zudem mehrere Journalisten des investigativen Nachrichtenportals „el faro“ das Land.



Lateinamerika zwischen Gewalt, Autoritarismus und Kämpfen für das Leben: In einer neuen Broschüre stellen wir die medico-Themen und -Kooperationen in der Region dar. Mit Reportagen, Hintergrund und Projektbeispielen.

Jetzt kostenlos bestellen unter:
medico.de/lateinamerika



Mit dem Ausnahmezustand wurde das Versammlungsrecht massiv eingeschränkt und der Rechtsstaat ausgehebelt. Seither gibt es kaum Gerichtsverfahren, Hunderte Menschen werden entweder en bloc verurteilt oder das Verfahren um Jahre aufgeschoben, in denen die Inhaftierten in Untersuchungshaft gehalten werden. Betroffen sind vor allem junge Männer. Doch mittlerweile trifft es zunehmend auch Frauen, Aktivist:innen und Menschen, die einfach zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Manche sagen, es könne alle treffen, doch das lässt außen vor, dass die allermeisten aus Vierteln von Arbeiter:innen oder abgelegenen Gemeinden jenseits der urbanen Zentren kommen.

Samuel Ramírez ist Teil des Movimiento de Víctimas del Régimen de Excepción (MOVIR), dem einzigen Zusammenschluss von Familien der Inhaftierten, die öffentlich gegen Menschenrechtsverletzungen im Strafvollzug protestieren. Er berichtet, wie sich Angst und Misstrauen ausgebreitet haben. „Der Frieden währte nur kurz. Nach dem Bürgerkrieg, der 70.000 Todesopfer forderte, kamen die Banden, und jetzt haben wir den Ausnahmezustand unter Bukele.“ Gleichzeitig sei für viele Salvadorianer:innen die Erleichterung über das Ende der Bandenkriminalität und damit verbundene Traumata weiterhin so wirkmächtig, dass sie bereit sind, über die Gewalt im Ausnahmezustand hinwegzusehen.

Das „sicherste Land Amerikas“

„Wir waren das gefährlichste Land der Welt“, proklamierte Bukele in einem Video zum Jahreswechsel auf Instagram, „aber im Jahr 2024 waren wir das sicherste der westlichen Hemisphäre“. Sicherheit, wie er sie versteht, bedeutet jedoch vor allem die Abwesenheit von Bandenkriminalität. Bukeles Inszenierungen zeigen eine Lust an der Entmenschlichung. We-

der eröffnen sie einen Weg zur Wiedergutmachung noch verhindern sie zukünftiges Leid. Sie leben allein von dem Versprechen auf Rache. Die Journalistin Celia Medrano nennt das punitiven, also strafenden Populismus. Sie plädiert dafür, hinter die Inszenierung zu schauen und das faschistische Narrativ zu erkennen. Bukele inszeniere sich als Befreier, der das Volk aus dem Würgegriff der Banden herausgeführt habe. Und er tut so, als sei das Land von seiner starken Führung abhängig. „Wenn ich nicht mehr da bin, kommen die Banden zurück“, drohte er unverhohlen vor seiner verfassungswidrigen Wiederwahl zum Präsidenten im vergangenen Jahr. „Aus dem Regieren im Ausnahmezustand ist eine Regierung der Kontrolle geworden“, sagt Medrano über den Wandel der letzten Jahre. „Heute sind es nicht mehr die Banden, die die Leute erpressen, es sind Soldaten.“

Das Versprechen von Sicherheit und die Politik der harten Hand haben eine lange Tradition in den gewaltgeplagten Gesellschaften Lateinamerikas. Von Mexiko bis Brasilien versuchen Regierungen aller Couleur, die Gewalt einzudämmen. Dabei agieren sie oft ebenso repressiv wie in El Salvador. Der Unterschied ist, dass Bukele Erfolge vorweisen kann. Entsprechend populär ist der cool auftretende Millennial in der Region. Den Zuspruch, den er für sein hartes Vorgehen bekommt, genießt er zunehmend auch auf dem Parkett der globalen extremen Rechten. Denn Bukele ist es spätestens mit dem Abschiebedeal gelungen, das Zusammenspiel von drakonischer Repression und Entrechtung im Strafvollzug als Blaupause für autoritäre Sicherheitspolitik zu inszenieren. Unter diesem Deckmantel findet der Umbau von Staat und Gesellschaft statt.

Gleichzeitig passt es in die Logik der US-Regierung, den Strafvollzug auszulagern. Berichte über Massenabschiebungen und Videos von

Bürgerwehren, die Migrant:innen ohne Papiere denunzieren, erzeugen Bilder der Grausamkeit und nähren die Fantasie einer Allmacht des repressiven Staates. So konnte die US-Administration in der Allianz mit Bukele Erfahrungen sammeln, wie Abschiebungen noch schneller und effizienter durchgeführt werden können. Während heute noch Migrant:innen betroffen sind, können schon morgen andere unliebsame Gruppen, auch US-Bürger:innen, die sich der Faschisierung unter Trump widersetzen, ins Visier geraten. Straf- und Migrationspolitik werden zum Instrument von Repression und Kriminalisierung.



Zusammen mit Moritz Krawinkel war Jana Flörchinger im März wieder in El Salvador. Im Austausch mit den Partnerorganisationen in der Region geht es immer wieder um Strategien gegen die autoritären Entwicklungen.

medico unterstützt seit Jahrzehnten Partnerorganisationen in Lateinamerika. Der Gewalt und dem Autoritarismus setzen sie Kämpfe für Gesundheit, Menschenrechte und Demokratie entgegen.

Spendenstichwort: Lateinamerika

WAS HEISST HINSEHEN?

Über die Rolle der Medien beim Verschwindenlassen der Welt

Von Andrea Böhm

„Wenn ich groß bin, gehe ich auf die Golanhöhen.“ Das habe ich mal im Alter von sechs oder sieben Jahren auf die Frage gesagt, was ich werden will. Meine Eltern hatten kurz zuvor einen Fernseher gekauft. So kam die Welt in unser Wohnzimmer, darunter auch der Sechstagekrieg und ich muss wohl mit besonderer Begeisterung auf den damaligen ARD-Korrespondenten in Israel, Edmund Gruber, geschaut haben. Mich hat am meisten sein Khaki-Hemd beeindruckt und der Umstand, dass er in einer Gegend vor der Kamera stand, die sehr weit weg von Deutschland war – und sehr viel aufregender. Als Journalistin trennt mich heute einiges von Grubers Berichterstattung. Aber offensichtlich war er es, der mir eine Faszination für Auslandsjournalismus eingeimpft hat.

Ich bin jetzt seit über 30 Jahren Auslandsreporterin. Auf den Golanhöhen bin ich nie gewesen – trotz fünf Jahren als Nahost-Korrespondentin in Beirut. Ich war erst lange als Reporterin in den USA, dann viel in Subsahara-Afrika unterwegs. Nach fünf Jahren im Nahen Osten berichte ich heute wieder viel aus afrikanischen Staaten. Wenn Sie mich fragen, wie es mir in meinem Beruf geht, kann ich nur sagen: Ich bin abwechselnd rat- und fassungslos.

Noch nie war das globale Geschehen so allgegenwärtig wie bedeutungslos, heißt es in der Ankündigung der medico-Stiftung zu diesem

Symposium. Ich fürchte, ich muss dem auch und gerade aus der Sicht meiner Branche zustimmen. Globale Zusammenhänge zu erklären, Bilder und Krisenschlagzeilen in einen Kontext zu setzen, Klischees zu vermeiden, die Bereitschaft zu Empathie zu fördern, die eigene Perspektive zu wechseln, ist die Kernaufgabe einer guten internationalen Berichterstattung. Und der kommen wir weniger denn je nach. Was nicht heißt, dass es keine Auslandsberichterstattung gibt. Derzeit schwimmen wir in Nachrichten, Videos, Analysen und Kommentaren über Donald Trump, etwas abgeschlagen folgen die Ukraine und Gaza. Bevor ich darüber spreche, was es heute heißt, hinzusehen, möchte ich drei für mich prägende journalistische Ereignisse nennen. In allen war das Hinsehen in einer wissen wollenden und empathischen Weise sehr wohl möglich. Anfangs geschah es auch. Dann mündete die Berichterstattung in das Verschwindenlassen einer Welt.

Das erste Beispiel ist der mediale Umgang mit dem „Islamischen Staat“ zu der Zeit, als er in Syrien und dem Irak ein sogenanntes Kalifat errichtet hatte. Der IS hatte binnen weniger Monate in den westlichen Medien und bei den politischen Entscheidungsträger:innen die Rolle des apokalyptischen Reiters eingenommen: Blutrünstige Steinzeitislamisten, die schwarz gekleidete Antithese zur westlichen liberalen Demokratie. Ich war damals Nahostkorresponden-

tin in Beirut. Die Stadt war ein Hub für syrische Oppositionelle, die als „citizen journalists“ die Verbrechen des Assad-Regimes dokumentierten. Sie erfuhren anfangs viel Unterstützung aus Europa, bekamen Kameras und Laptops und Mikrofone gespendet. „Dokumentiert die Gräueltaten. Wenn die Welt diese Bilder sieht, wird sie eingreifen“, lautete die Botschaft.

Nach der Ausrufung des „Kalifats“ 2014 erlebten die Bürgerjournalist:innen, wie der IS die Bilderregie übernahm. Mit professionell gemachten Videos von Exekutionen westlicher Geiseln, von Kämpfen an der Front und vom „aufrechten“ Leben im „Kalifat“ schufen sie einen medialen Sog. Ich verharmlose nicht die Brutalität des IS. Doch ich konnte verstehen, warum syrische

Nie war das globale Geschehen so allgegenwärtig wie bedeutungslos? Ich fürchte, ich muss dem aus der Sicht meiner Branche zustimmen.

Freunde auf westliche Medien immer wütender wurden, weil die sich nun voll auf den visuellen Horror des IS konzentrierten. Die Komplexität des Krieges in Syrien wurde mit dem simplen Narrativ vom „absolut Bösen“ zugedeckt, Recherchen über Hintergründe wurden verdrängt. Und immer weniger Kolleg:innen berichteten darüber, dass das Assad-Regime um ein Vielfaches mehr Zivilist:Innen ermordete als der IS. Anstelle einer international abgestimmten Strategie zum Schutz der syrischen Zivilbevölkerung gab es eine US-geführte Militärkoalition im Framing des „war on terror“, die das „Kalifat“ schließlich zerschlug. Für viele syrische Oppositionelle war die Botschaft klar: Die Bilder einiger westlicher Geiseln reichten aus, um in Euro-

pa und den USA den öffentlichen Rückhalt für ein Eingreifen zu schaffen. Die Bilder über Fassbomben und Belagerungsringe des Regimes gegen oppositionelle Städte mit Tausenden von Toten reichten nicht.

Im Rückblick hat der IS damals eine Medienstrategie betrieben, die man heute unter dem Motto „flooding the zone with shit“ kennt. Der Ausdruck stammt von Steve Bannon, einem der Dirigenten der rechtsextremen Machtübernahme in den USA. Nicht, dass Bannon sich nachsagen lassen möchte, irgendetwas mit Islamisten gemein zu haben. Doch die Taktik, Medien und Öffentlichkeiten in einen dauerhaften Zustand von Schock und Hyperventilation zu versetzen, ist dieselbe. In beiden Fällen waren und sind Medien nicht in der Lage, sich dieser Strategie zu entziehen.

Das zweite Beispiel ist das Thema Flucht und Migration. Vielleicht erinnern Sie sich noch an das Foto der Leiche des zweijährigen Alan Kurdi, dem syrischen Jungen, der im September 2015 beim Fluchtversuch seiner Familie über das Mittelmeer ertrank und an einem Strand in der Türkei angespült wurde. Die BILD-Zeitung druckte das Foto auf einer ganzen Seite ab und schrieb: „Bilder wie dieses sind schändlich alltäglich geworden. Wir ertragen sie nicht mehr, aber wir wollen, wir müssen sie zeigen, denn sie dokumentieren das historische Versagen unserer Zivilisation in dieser Flüchtlingskrise.“ Ein gutes Jahr später hat dieselbe Zeitung anlässlich der sogenannten Kölner Silvesternacht einen medialen Backlash gegen Flüchtlinge und Migranten mitangeschoben, der zu einer politischen Spirale der Ausgrenzung und Entmenschlichung von Migranten und Flüchtlingen beigetragen hat. Binnen weniger Monate war der Diskurs von Empathie in Abwehr gekippt.

Ich lebte und arbeitete in Beirut, als der große Treck hauptsächlich syrischer Flüchtlinge über

die Balkan-Route in Deutschland ankam. Ich war stolz auf mein Land, damals auch auf dessen Kanzlerin, das die Menschen aufnahm. Mir war mulmig, als ich die Bilder von „Welcome Refugees-Partys“ an deutschen Bahnhöfen sah. Ich finde, dass man Menschen, die Krieg und Flucht hinter sich haben, nicht feiern sollte, als hätten sie die Hunger Games gewonnen. Es gab damals großartige, nuancierte Reportagen über die Hintergründe dieser Fluchtbewegung. Den Ton bestimmte jedoch eine emotionalisierte Berichterstattung, die mir zu sehr nach Begeisterung über die eigene demonstrative Willkommenskultur klang. Und zu sehr wie eine Botschaft an jenen Teil der Gesellschaft und der Politik, der eine Abschottungspolitik forderte. Nicht, dass man mit Botschaften in diesem Zusammenhang sparen sollte. Nur ist es gefährlich, sie Menschen anzuheften, die sich nicht wehren können, wenn der politische Wind sich dreht.

Ich weiß, dass der Backlash gegen Flüchtlinge und Migrant:innen nicht durch „Refugees Welcome-Partys“ und die Berichterstattung darüber ausgelöst wurde. Er hat seine Ursachen in Islamophobie, Rassismus und dem Versagen der Europäischen Union, eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen durchzusetzen. Aber vielleicht wäre es progressiven Medien leichter gefallen, diesem Backlash etwas entgegenzusetzen, wenn sie das Thema vorher nicht selbst so sehr emotionalisiert hätten.

Das dritte Beispiel ist die Berichterstattung über die Corona-Pandemie. Ich bin immer wieder verblüfft darüber, wie sehr dieses globale Erdbeben in meinem Gedächtnis schon verblasst ist, und wie massiv es in Ländern des globalen Südens noch präsent ist. Ich habe in meinem Berufsleben nie eine Krise erlebt, in der ein anfänglich erstaunliches Bewusstsein über globale Zusammenhänge – Artensterben, Mobilität, Handelsketten, ökonomische Folgen

von Lockdowns, die Notwendigkeit multilateralen Handelns – so schnell in den nationalistischen Orkus gekippt wurde. Und zwar ziemlich genau in dem Moment, da Impfstoffe zur Verfügung standen und Länder des globalen Nordens die Vorräte leerkauften. Der Globale Süden verschwand buchstäblich von der Bildfläche – und damit auch das Hinsehen auf die Folgen weltweiter Lockdowns für dessen Gesellschaften. Klar, Auslandsjournalist:innen

Menschenfeindliche Narrative kann man ändern. Man muss es gerade dann versuchen, wenn kein Politikwechsel absehbar ist.

konnten nicht mehr reisen. Nur: Hätten wir vorher mehr Energie und Geld in internationale Journalismus-Netzwerke investiert, hätten Kolleg:innen in Ghana, Indien oder Ecuador unsere – und wir ihre – blinden Flecken füllen können. Vielleicht gäbe es heute ein größeres globales „Sende- und Hinsehbewusstsein“. Das hat in den vergangenen Jahrzehnten nur der Fernsehsender Al Jazeera vorangetrieben – mit all den Lücken und Problemen, die es mit sich bringt, wenn man von einem autoritären Golfstaat finanziert wird.

Wir befinden uns 2025 in einer Ära, die in den USA „the war on empathy“ genannt wird. Empathie sei die Geißel schlechthin der westlichen Zivilisation, hat unter anderem Elon Musk erklärt. Sie sei durch woke Linke zu einer „Waffe“ gemacht worden. Wenn Sie sich einen Lektüre-Trip durch diese Gedankenwelt zumuten wollen, dann werden Sie von „toxischer Empathie“, von „satanischer Empathie“ und von der „Sünde der Empathie“ lesen. Das sind einige der Buchtitel zu diesem Thema, die derzeit das

rechtsextreme und – wohlgermerkt – christliche Spektrum in den USA bedienen.

„Der Krieg gegen Empathie“ ist ein Code für das, was der Soziologe Stephan Lessenich als „Externalisierung“ beschrieben hat. Wir in den reichen westlichen Gesellschaften lagern die Kosten unseres Wohlstands seit jeher aus – sei es Giftmüll, Umweltzerstörung, die Folgen von CO₂-Emissionen. Wir externalisieren durch Verdrängung auch die Art und Weise, wie unser Wohlstand zustande gekommen ist und erhalten wird: zunächst durch den massenmörderischen Raub der Kolonialmächte und jetzt durch die Ausbeutung von Ressourcen ärmerer Länder, die immer weniger Mittel haben, sich gegen die Folgen dieser Ausbeutung zu schützen. Dass inzwischen auch Staaten wie China und arabische Petro-Monarchien Mitglieder in unserem Club sind, ändert nichts an seiner Funktionsweise.

Nur wird dieses Nicht-wissen-Wollen zunehmend schwierig. Zum einen, weil die Folgen der Externalisierung immer öfter in reichen Ländern zu spüren sind, von der Ahrtal-Flut bis zu den Waldbränden in Los Angeles. Zum anderen, weil Emanzipationsbewegungen in den vergangenen Jahrzehnten das Verdrängen immer stärker stören – zum Beispiel, indem sie die Geschichte der Sklaverei freilegen. Donald Trump ist dem mit einem radikal einfachen und gewalttätigen Angebot begegnet: „Wählt mich, und ihr müsst über historisches Unrecht, Rassismus, Fluchtursachen und die Folgen unserer Lebens- und Konsumweise nicht weiter nachdenken. Ich erkläre sie einfach für nicht existent. Und jeden, der widerspricht, erkläre ich zum Feind.“ Die Zerschlagung von USAID, die Abertausende das Leben kosten wird, war in dieser Logik absolut folgerichtig. Die systematische Entmenschlichung von Migrant:innen und Flüchtlingen ist es auch.

Es ist aus europäischer Sicht verführerisch einfach, Trumps Politik zu geißeln. Es ist auch heuchlerisch. Denn diesen „Krieg gegen die Empathie“ führt Europa längst selbst. Seit Jahren sterben Flüchtlinge in den polnischen Wäldern an der Grenze zu Belarus, von den Ertrunkenen im Mittelmeer ganz zu schweigen. Die Empörung über das Bild eines zweijährigen toten Flüchtlingskindes wäre heute kaum noch messbar. In Europa gilt das Narrativ der migrantischen Bedrohung und das politische Primat der Migrationsabwehr. Das setzt voraus, das globale Geschehen immer weiter auszublenken.

Wenn Sie mich nun fragen, was Hinsehen für eine Journalistin heute heißt, dann erscheint Ihnen meine Antwort vielleicht banal. Aber: Menschenfeindliche Narrative kann man ändern. Man muss es gerade dann versuchen, wenn so schnell kein Politikwechsel absehbar ist. Denn es gibt in diesem Land wie auch in Europa eine erhebliche Zahl von Menschen, die sich einem „Krieg gegen die Empathie“ verweigern. Sie sind keine kleine Minderheit, auch wenn das heutzutage gern behauptet wird. Sie sind eine wichtige Öffentlichkeit, für die das globale Geschehen nicht bedeutungslos ist. Und sie sind angewiesen auf einen Journalismus, der das globale Geschehen wieder bedeutungsvoll macht. Auch und mehr denn je mit Journalist:innen aus dem globalen Süden.



Andrea Böhm arbeitet als Journalistin für DIE ZEIT. Der Text ist die Kurzfassung des Vortrags, den sie im Mai auf dem Symposium der medico-Stiftung gehalten hat.



Man muss
das autoritäre
Begehren
begreifen

”

Cara New Daggett ist Professorin im Fachbereich Politikwissenschaft an der Virginia Tech, Senior Fellow am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit in Potsdam und Autorin des Buches „Petromaskulinität“. Auf dem Symposium der medico-Stiftung im Mai hat sie über „Die Welt als Rohstoff und autoritäres Begehren“ gesprochen.

Klimakrise, Männlichkeit und der neue Autoritarismus. Ein Gespräch mit Cara Daggett

Die Klimakrise schreitet voran, gleichzeitig erleben wir eine weltweite Zunahme des Autoritarismus. Cara, du argumentierst, dass diese Entwicklungen zusammenhängen. Inwiefern?

Zunächst einmal hat die Industrie der fossilen Brennstoffe schon immer eine autoritäre Seite. Seit dem Imperialismus des 19. Jahrhunderts, als die fossilen Brennstoffe an Bedeutung gewannen, speist sich die Wohlstandsakkumulation aus der Ausbeutung von Kohle, Öl und Gas. Dies führte zur Entstehung von Petrokulturen, in denen fossile Brennstoffe die materielle Grundlage sowohl der westlichen Vorherrschaft als auch ihrer liberalen Freiheiten und Werte bilden. Das fossile Kapital ist auf den unbegrenzten Zugriff auf Rohstoffe angewiesen. Dieser ging immer schon auf Kosten der Natur, basierte auf Ausbeutung und wurde mit Macht durchgesetzt. Die USA und Europa haben eng mit autoritären Regimen in Öl- und Gasförderländern zusammengearbeitet. Sie haben sie unterstützt und manchmal auch mit Gewalt an die Macht gebracht. In dieser Hinsicht haben sich unsere „Kohlenstoffdemokratien“ mit dem Autoritarismus und in Abhängigkeit von ihm entwickelt. Neu ist, dass Teile der Gewalt, die weitgehend ausgelagert und unsichtbar gemacht worden war, nun in den imperialen Zentren selbst präsent ist. Es ist ein „gewaltiger Bumerang“ – so hat Aimé Césaire einst be-

schrieben, wie die imperiale Gewalt im Ausland die Grundlagen für den Faschismus in Europa legte.

Warum ist das so?

Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung, und letztlich ist man sich weitgehend einig, dass der Westen historisch gesehen die Hauptverantwortung dafür trägt. Der „American Way of Life“ und seine Privilegien sind ölgetränkt und kohleverschmutzt. Es sollte auf der Hand liegen, dass sich diese Lebensweise ändern muss. Den politischen Liberalismus führt das in eine Sackgasse: Da er nicht bereit ist, über eine Alternative zur kapitalistischen Produktion nachzudenken, hat er – zumindest in den USA – keine überzeugende Antwort auf die wachsende soziale Ungerechtigkeit oder die globalen Probleme. Es gibt keine liberale Vision für eine Umstellung der Lebensweise weg vom intensiven Energie- und Materialverbrauch. Was dem Liberalismus bleibt, ist das Hoffen auf technologische Lösungen und ein von Scham- und Schuldgefühlen geprägtes Konsumverhalten. Diese politische Lücke wird von der extremen Rechten besetzt. Ihre Botschaft ist einfach, aber wirkungsvoll. Sie lautet: „Niemand braucht sich für diese Lebensweise zu schämen oder sich schuldig zu fühlen. Wir machen weiter wie bisher.“ Der neue Autoritarismus ist also die reaktionäre

Antwort auf die Verteidigung des gefährdeten Status quo und unserer Freiheiten mit allen Mitteln. Und zu dieser Freiheit zählt in den westlichen Gesellschaften wesentlich, unbegrenzt konsumieren zu können – und die allzeitige Verfügbarkeit von Energie mit allen erdenklichen Mitteln sicherzustellen.

Trump hat den alten republikanischen Slogan „Drill, baby drill“ in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes gestellt.

Ja, er hat einen nationalen Energienotstand ausgerufen und dazu aufgerufen, die Förderung fossiler Brennstoffe zu entfesseln. Natürlich kommt dies den Profiten der Manager fossiler Brennstoffe zugute, die seine Kampagne finanziert haben. Aber es ist auch auf einer emotionalen und narrativen Ebene verlockend. Trump bietet eine willkommene Abwechslung von den Schuldgefühlen, der Resignation und der Lähmung, die sich mit der Klimakrise breitmachen. Die Petrokultur als ungerecht und gewalttätig in Frage zu stellen, bedeutet in diesem Sinne, den US-amerikanischen Exzeptionalismus und die amerikanische Identität in Frage zu stellen. Es gibt hier eine Parallele dazu, wie die neue Rechte antirassistische, indigene und feministische Forderungen nach einem kritischeren Verständnis der amerikanischen Geschichte ablehnt: Sie will sich einfach nicht schuldig fühlen. Entsprechend bejaht und feiert der Trumpismus fossile Brennstoffe.

Gleichzeitig demonstrieren Milliardäre dies mit ihren Superjachten und Flügen ins All – weil sie es können.

Diese Form des verschwenderischen Verhaltens ist nicht auf die Eliten beschränkt. Der auffällige Verbrauch fossiler Brennstoffe kann auch für die arbeitende Bevölkerung und die Mittelschicht von symbolischer Bedeutung sein. In den USA gibt es das bemerkenswerte Phänomen der „Rolling Coal“: Menschen bauen den Dieselmotor ihrer Lastwagen extra so

um, dass er besonders rußige Abgaswolken produziert. Das zeigt, wie sehr die Erotik der Herrschaft mit der Industrialisierung der fossilen Brennstoffe verknüpft ist. Es sind symbolische Formen der Macht, die vielen ein Gefühl von Handlungsfähigkeit in einem System vermitteln kann, das ansonsten nur wenig Sicherheit bietet.

Insofern ist der neue Autoritarismus auch eine Reaktion auf eine verunsicherte Männlichkeit?

Diesen Zusammenhang haben ich mit dem Begriff Petromaskulinität zu fassen versucht. Die fossile Brennstoffindustrie ist nicht nur ein wirtschaftlich-technisches System. Sie ist Teil eines umfassenden Geflechts von Privilegien und Hierarchien, das seit Jahrzehnten kulturelle Bedeutung prägt. Geschlecht und Energietechnologien bedingen sich gegenseitig. Sie führten zu neuen Formen der Arbeits- und Wohnorganisation, die eine moderne Geschlechterordnung mit industriellen „Ernährer“-Ehemännern, die von Hausfrauen unterstützt werden, stärkten. Dies ist Teil dessen, was die deutsche Ökofeministin Maria Mies die „Hausfrauisierung“ der Welt nannte. Petromaskulinität bezeichnet die Konvergenz von Autoritarismus, fossilen Brennstoffen und patriarchaler Macht. Diese politische Formation begreift die Welt als Rohstoff und maßt sich das Recht an, auf ihn zuzugreifen, ihn auszubeuten und zu vernutzen. In diesem Sinne feminisiert Petromaskulinität die Natur und naturalisiert die Reproduktionsarbeit.

Die Stunde des Autoritarismus schlägt in dem Moment, in dem beide Systeme in der Krise sind: Die fossile Energiewirtschaft wegen der Klimakrise, die Geschlechterhierarchie und -binarität wegen der feministischen und queeren Selbstbehauptung?

Genau. Misogynie und Klimaleugnung sind strukturell miteinander verbunden. Sie verteidigen gewohnte Hierarchien und privilegierte

Freiheiten. Psychopolitisch gesehen, sind es gewaltsame Kompensationen für aufkommende Ängste und Ohnmacht angesichts der Komplexität globaler Systeme, einschließlich der Ökosysteme. Tatsächlich sind die lautstärksten Klimaleugner und führenden Befürworter fossiler Brennstoffe in der Regel weiße, konservative Männer. Sie unterstützen den Trumpismus, weil er ihnen Sicherheit gibt: Sie dürfen wieder „richtige Männer“ sein, sie dürfen so viel Energie verbrauchen, wie sie wollen, und sie dürfen ihre Macht über Frauen geltend machen.

Dieses Muster zieht sich durch die neue Rechte weltweit: Das war bei Bolsonaro in Brasilien so und ist jetzt bei Milei in Argentinien so. Auch die AfD will nichts von Gender Trouble oder der Klimakrise wissen.

Der Punkt ist, dass die extreme Rechte die Klimakrise nicht einfach ignoriert – sie wehrt sich aktiv dagegen und gegen alles, was damit zusammenhängt, einschließlich der Verweigerung der Verantwortung für diejenigen, deren Lebensgrundlagen durch die globale Erhitzung zerstört werden.

Ein Einwand liegt auf der Hand: Im Zentrum der Macht hüpfert jetzt ein Elon Musk über die Bühne, der mit dem E-Auto Tesla eine andere Art von Energiewirtschaft vertritt.

Hier zeigt sich die Schwäche des technikzentrierten Ansatzes: Tausche einen Verbrennungsmotor gegen ein E-Auto aus, nichts anderes muss sich ändern. Die Versuchung, sich so „freizukaufen“, ist verlockend, zumal dann, wenn keine kollektiven Alternativen angeboten werden. Interessant ist, dass Elektroautos anfangs als elitär und weiblich vermarktet wurden. Inzwischen hebt Elon Musk allerdings die Härte von Tesla hervor – versinnbildlicht in seinem extrem robusten EV-Truck. Damit unterstreicht er, dass sich auch an der patriarchalischen Macht nichts ändern muss. Musk

steht heute für einen Ökomodernismus, der vorgibt, dass alle Probleme durch technologische Innovationen gelöst werden können. Bestes Beispiel sind Projekte des Geoengineering und Emissionspeicher unter der Erdoberfläche.

Petromaskulinität begreift die Welt als Rohstoff und maßt sich das Recht an, ihn auszubeuten und zu vernutzen.

che. Dies bricht jedoch nicht mit der Logik des Wachstums. Im Gegenteil: Die technologiegetriebene Ökomoderne à la Musk verweigert das umweltzerstörerische Wachstum. Auch jenseits von Öl und Gas bleibt der Hunger nach unbegrenzter Verfügbarkeit von Energie gewaltig.

Die Petrokultur verlängert sich in der „Lithiumkultur“?

Ja, der Wettlauf um kritische Mineralien verweist auf das zugrunde liegende Problem: die Fantasie der unbegrenzten Energieexpansion. Solar- und Windenergie und Elektrifizierung sind von entscheidender Bedeutung, müssten aber mit einem viel tieferen Wandel in der Bewertung von Energie einhergehen: Wie viel Energie ist für das kollektive Wohlergehen ausreichend? Für wen und wofür ist das Energiewachstum gedacht? Das Versäumnis, auf diese Weise über Energie nachzudenken, lässt sich am Boom der künstlichen Intelligenz ablesen. Sie verbraucht astronomische Mengen an Energie. Aber das hält niemanden auf und schreckt niemanden ab.

Als medico sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass die verheerenden Folgen der Kli-

makatastrophe in anderen Teilen der Welt hierzulande kaum auf Interesse stoßen. Unsere Erklärung dafür ist meist, dass es den Menschen einfach zu viel ist: dass sie lieber wegschauen, weil es unerträglich ist.

Viele Menschen sind sich bewusst, dass etwas grundlegend falsch ist. Und ja, manchmal bedeutet dies, dass sie wegschauen, weil sie keine wirkliche Handlungsmöglichkeit und keine

Das Leiden anderer gilt als notwendiger Teil einer rauen Welt, letztlich als Mahnung, was einem selbst zustoßen könnte, wäre man ohne Macht.

Alternative sehen. Die liberale Antwort erweist sich als Pflaster auf einer klaffenden Wunde. Im Gegensatz dazu greifen petromaskuline und faschistische Bewegungen dies direkt auf. Es geht allein um die Belange „der eigenen Leute“ und der ethnonationalistisch definierten Heimat. Das Leiden anderer wird zu einem natürlichen Phänomen gemacht, zu einem notwendigen Teil einer rauen Welt – letztlich zur Mahnung, was einem selbst zustoßen könnte, wäre man ohne Macht.

Gerade weil die Klimakrise global ist und wir die Auswirkungen selbst spüren, könnte dies auch ein Gefühl der Empathie oder Solidarität wecken.

Von Studien über Autoritarismus wissen wir, dass es schwierig wird, wenn Menschen glauben, dass sie die Dinge nicht mehr unter Kontrolle haben. Und die Klimakrise ist eine Situation, in der die Dinge zunehmend außer Kontrolle

geraten. Das erklärt den autoritären Wunsch nach einer Führung, die behauptet, alles im Griff zu haben. Das ist es, was Trump ständig tut: Er gibt vor, enorme Macht zu haben und alles unter Kontrolle zu haben. Das hat er aber nicht. Aber es ist die Performance, die zählt.

In deinem Buch schreibst du, dass sich der globale Norden auf eine militarisierte Version der Klimasicherheit vorbereitet, und verweist dabei auf das Bild einer Politik des „bewaffneten Rettungsboots“.

Im Gegensatz zur vermeintlichen Heuchelei des Liberalismus sagt die extreme Rechte genau das: „Hey, es ist ein gewalttätiges System, aus dem einige als Gewinner hervorgehen. Also lasst uns alles tun, was wir können, um ‚unsere‘ Leute und Dinge zu schützen.“ Und sie geht aggressiv gegen jeden vor, der ihnen ihren Platz in diesem Boot streitig machen könnte.

Im Bild des bewaffneten Rettungsbootes wird das Eintreten der Katastrophe eingeräumt. Ein Rettungsboot ist ja keine positive Vision, es ist nicht einmal eine sichere Insel oder eine Festung, in der man sich niederlassen und überleben kann.

Die faschistische Weltanschauung ist von einem Gefühl der Apokalypse motiviert. Das drohende Unheil ist die Rechtfertigung für die Gewalt. Und wenn die Flut kommt, ist das Rettungsboot sehr wohl der Ort, an dem man sein möchte – also muss man es verteidigen. Dies zeigt die zerstörerische Kraft des fossilen Autoritarismus: Er macht sich die Tatsache zu eigen, dass der Verbrauch fossiler Brennstoffe unbestreitbar zerstörerisch ist und in einer Katastrophe enden wird. Vielleicht zeigt dies, wie nahe wir dem Faschismus sind: Der Faschismus hatte schon immer einen inhärenten Todestrieb.

Das Gespräch begann düster, jetzt ist es pechschwarz geworden. Was würdest du dem

Ganzen entgegenstellen?

Zunächst einmal sollten wir uns darüber im Klaren sein, was nicht funktioniert. Die Leugnung des Klimawandels kann nicht als Versagen der wissenschaftlichen Kommunikation und der Vernunft verstanden werden. Man muss das autoritäre Begehren begreifen, das hinter der Leugnung des Klimawandels und der breiten Akzeptanz dieser Narrative steht. Zweitens sollten wir uns von der in Umweltekreisen immer noch weit verbreiteten Vorstellung verabschieden, dass die Folgen der Klimakrise automatisch zu der Erkenntnis führen werden, dass wir unsere Energiewirtschaft ändern müssen. Die Energiewende muss eine Energietransformation sein, es geht nicht nur um einen Wechsel der Brennstoffe, sondern auch darum, für wen und was Energie verbraucht wird. Dies könnte wie eine Kombination aus Degrowth – für diejenigen, die in materialintensiven Kulturen leben – und einer

Es geht nicht nur um einen Wechsel der Brennstoffe. Es geht auch darum, für wen und für was Energie verbraucht wird.

Abkehr von extraktiven Wirtschaftssystemen aussehen, die den Aufbau ökosozialistischer und anderer ökologisch großzügiger Systeme ermöglicht. In meiner feministischen Perspektive müsste das aufgewertet werden, was die Petromaskulinität abwertet, sei es Sharing oder Care-Arbeit, sei es die Nutzung von Wind- oder Solarenergie in Gemeinschaftsbesitz, sei es die Anerkennung unserer Abhängigkeit von anderen Menschen und unseren Ökosystemen. Die größte Angst der Petromaskulinität besteht schließlich darin, abhängig zu sein.

Wer will schon abhängig sein?

In der Welt, wie sie sich derzeit darstellt, bedeutet abhängig zu sein, ausgebeutet zu werden, weder anerkannt noch geschützt zu sein. Diese Art der Abhängigkeit ist schrecklich. Die Frage ist, wie man sie löst: Befreit man sich, indem man danach strebt, selbst „Herr“ oder „Herrin“ zu werden? Genau das ist allzu oft das Problem des liberalen weißen Feminismus: „Ich will nicht mehr auf die Hausarbeit festgeschrieben sein, also gehe ich arbeiten und lasse dafür eine andere Frau – oft eine Woman of Colour – putzen, kochen und sich um die Kinder oder die Älteren kümmern.“ Die Frage ist also, wie wir Systeme schaffen können, in denen Abhängigkeit nicht beängstigend, sondern unterstützend und schützend ist. Dies ist das Prinzip der gegenseitigen Hilfe...

... und des Multilateralismus. Zum Schluss: Was bedeutet für dich vor diesem Hintergrund Klimagerechtigkeit?

Für mich bedeutet es, darauf zu bestehen, dass soziale Ungerechtigkeit und die Klimakrise untrennbar miteinander verbunden sind. Konzepte des nachhaltigen Wachstums oder des grünen Kapitalismus geben immer noch vor, dass man eine klimaneutrale Wirtschaft betreiben kann, ohne grundlegende Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse zu verändern. Das wird nicht funktionieren.

Das Interview führten Karin Zennig und Christian Sälzer.

medico aktiv

Volles HAU

Im Berliner Theater für
Bewegungsfreiheit

Im ausverkauften Berliner Theater HAU Hebbel am Ufer besuchten Anfang März abermals Hunderte Menschen eine Veranstaltung des von medico aufgelegten „Fonds für Bewegungsfreiheit“. Moderiert von der Frankfurter „Tatort“-Kommissarin Melika Fouroutan, sprachen langjährige Weggefähr:innen auf der Bühne, unter ihnen Aktivist:innen vom Legal Centre Lesbos, Forensic Architecture und die Kabarettistin Jilet Ayşe. Im Zentrum der Beiträge standen die Schicksale von Menschen, die an Europas Grenzen zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden sind. Ihr Verbrechen: die Suche nach Schutz und die gegenseitige Unterstützung auf der Flucht. In dieser Gemengelage weist der Fonds Wege für praktische Solidarität. Gemeinsam mit den Organisationen de:criminalize und dem Alarm Phone werden mit seinen Mitteln kriminalisierte Betroffene entlang der Fluchtrouten unterstützt. Auch an jenem Abend in Berlin wurden dafür Spenden gesammelt.



Melika Fouroutan mit den medico-Kolleg:innen Kerem Schamberger und Valeria Hänsel im HAU.

Eine Rückkehr

Südafrikanischer Blick auf
deutsche Erinnerung

Ausgehend von der Geschichte ihrer exilierten Großmutter reist die Post-Apartheids-Aktivistin und medico-Wegbegleiterin Heidi Grunebaum aus Südafrika in die deutsche Kleinstadt Hungen. Im Dialog mit Aktivist:innen und Zeitzeug:innen folgt sie Spuren kollektiver Erinnerung und zeigt, wie antisemitische und rassistische Gewalt ineinandergreifen. So gelingt ein Sprechen über Trauer, Wut und Betroffenheit. Von all dem erzählen Grunebaum und ihr Mitstreiter Mark Kaplan aus Kapstadt in ihrem Dokumentarfilm „The Return“. In Zeiten von Sprachlosigkeit und Sprechverboten macht der Film es möglich, sich mit den verflochtenen Geschichten von Holocaust, Antisemitismus, kolonialer Gewalt und Rassismus auseinanderzusetzen. Er dokumentiert zugleich einen südafrikanischen Blick auf die deutsche Staatsräson und die Bedeutung Israels in der hiesigen Erinnerungspolitik. Der Film wurde Mitte Mai im medico-Haus gezeigt, anschließend moderierte Usche Merk ein beeindruckendes Gespräch mit den Filmemacher:innen. Eine Zuschauerin brachte ihre Eindrücke so auf den Punkt: „Inmitten des Traumas entstanden immer wieder Momente der Vertrautheit – kleine Momente, die es ermöglichen, weiterzumachen.“



Während des Konzerts in der Katharinenkirche

Doch nicht so schlimm

Benefizkonzert mit Klassik und
Kontroverse

Die Schlange vor der Katharinenkirche an der Frankfurter Hauptwache reichte bis weit auf die Einkaufsmeile Zeil. Mindestens 100 Menschen mussten an der Abendkasse abgewiesen werden, der Platz in der Kirche reichte nicht aus. Das Benefizkonzert für die Gaza-Nothilfe von medico wurde von der Initiative „make freedom ring“ unter künstlerischer Leitung von Michael Barenboim, dem Konzertmeister des West-Eastern Divan Orchestra, organisiert – wie schon in zahlreichen Städten zuvor. Stets schufen internationale Künstler:innen und prominente Redner:innen mit Klängen und Worten einen Raum, in dem Trauer, Verzweiflung und Wut über die Not und das Unrecht Platz fanden. Der enorme Andrang in Frankfurt war wohl auch der öffentlichen Kontroverse um die Grafiken auf dem Ankündigungsplakat zu verdanken. Die Abbildung von zwei roten Händen, ein weltweit in ganz unterschiedlichen Protestfeldern genutztes Symbol, wurde von manchen als antisemitisch interpretiert. medico widersprach, entfernte die umstrittenen Symbole gleichwohl in einer neuen Version des Plakats. Es gab und gibt Wichtigeres.

Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Spende an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Sie erhalten automatisch eine **Jahresspendenbescheinigung**. Auf Wunsch stellen wir auch direkt eine Einzelspendenbescheinigung aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **medico.de/spenden**

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT: Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

medico.de/foemi

STIFTER:IN WERDEN: Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die medico-Stiftung ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von medico. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des medico-Vereins.

stiftung-medico.de

TESTAMENTSPENDE: Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung medico international testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide medico-Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

[medico.de/spendenservice](https://www.medico.de/spendenservice)

FRAGEN & ANREGUNGEN:

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: (069) 944 38-0, info@medico.de

SPENDEN & KOMMUNIKATION:



Gudrun Kortas

Beratung zu Zustiftungen und Testamentsspenden

Tel.: (069) 944 38-28
kortas@medico.de



Janne Reuver

Spender:innenkommunikation

Tel.: (069) 944 38-64
reuver@medico.de



Johannes Richter

Spender:innenkommunikation

Tel.: (069) 944 38-71
richter@medico.de



Carlos dos Santos

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: (069) 944 38-52
spenden@medico.de

rundschreiben



Jahresbericht



Stiftungsbroschüre

und vieles mehr...

BESTELLEN & VERBREITEN

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

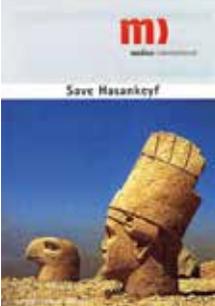
Auf unserer Webseite finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

[medico.de/material](https://www.medico.de/material)



WAHRHEIT UND GERECHTIGKEIT

Blick zurück: das rundschreiben 2/2000



Dass der Kampf für Gerechtigkeit einen langen Atem benötigt, ist eines der geflügelten Worte bei medico. Wie lang dieser lange Atem sein kann, zeigt ein Blick in das vor 25 Jahren erschienene rundschreiben. In einem Interview berichtete damals Fabiola Letelier, Rechtsanwältin und Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation CODEPU, über das Ringen gegen die Straflosigkeit im postdiktatorischen Chile. Der Anlass: ein historisches Urteil.

Elf Jahre zuvor, 1989, war der langjährige Diktator Augusto Pinochet aus dem Präsidentenpalast gewählt worden. Die „Transition“, die Rückkehr zur Demokratie, kam voran. Auf ihr lastete allerdings bleischwer das Schweigen über die Verbrechen des Regimes: staatlicher Terror, Folter, politische Morde. Auch Pinochet, „Held der Rechten“, blieb unangetastet, bis er 1998 in London verhaftet wurde. Ein zweijähriges Gezerre – mehrere Länder hatten Auslieferungsanträge gestellt – endete 2000 mit seiner Freilassung und Rückkehr ins vermeintlich sichere Chile. Dort aber hatten Organisationen wie CODEPU im Kampf für „Wahrheit und Gerechtigkeit“ ganze Arbeit geleistet: 106 Klagen gegen Pinochet waren eingereicht. „Jede neue löst eine Pressemeldung aus und gibt einem Opfer der Diktatur Name und Gesicht. Unsere tragische Geschichte kehrt in die Erinnerung und in das gesellschaftliche Gedächtnis zurück“, so Letelier im Interview. Anlass für ihre Zuversicht: Ein Gericht in Santiago hatte Pinochets Immunität aufgehoben, die Prozesse konnten tatsächlich beginnen. Letelier: „Das ist alles erst der Anfang.“ Doch Unrecht ist zäh. 2001 wurde Pinochet Verhandlungsunfähigkeit attestiert, bis zu seinem Tod 2006 blieb er straflos.

Die angestoßene gesellschaftliche Auseinandersetzung aber ließ sich nicht mehr aufhalten. Und sie dauert an. Noch heute macht sich CODEPU – weiterhin unterstützt von medico – gegen die rechte Deutungshoheit und für eine menschenrechtsbasierte Erinnerungskultur stark. Aktuell führt die Organisation auch Klagen gegen Angehörige von Militär und Carabineros wegen Verbrechen gegen die demokratische Protestbewegung 2019. Der Kampf um Gerechtigkeit, er atmet.



Das rundschreiben erscheint seit 1982. Die vergangenen 25 Jahre lassen sich digital nachlesen: medico.de/rundschreiben-archiv

VOM VERSCHWINDEN- LÄSSEN EINER WELT

Den Krisen der Zeit wohnt die Paradoxie inne, dass das globale Geschehen so allgegenwärtig wie bedeutungslos ist: Je spürbarer die Krisen werden und je näher sie rücken, umso mehr werden sie abgewehrt bis geleugnet. Vor diesem Hintergrund erkundete das Symposium „Vom Verschwindenlassen einer Welt“ der Stiftung medico international am 8. und 9. Mai 2025 im medico-Haus Möglichkeiten eines solidari-schen Handelns, das Nationalismus von unten überwindet und das Leben der Anderen nicht einfach preisgibt. Videos der Vorträge und De-batten zum Nachschauen finden sich auf der Webseite der Stiftung, ebenso der Eröffnungs-vortrag „Variationen zum Thema Befreiung“ von Charlotte Wiedemann zum Nachlesen.

stiftung-medico.de/symposium

„Am Ende hat es keinen Sinn,
immer wieder in das kalte,
in sich gekehrte Zentrum der
Macht zu schreien: Ich bitte
dich, nur dieses eine Mal,
sei das, was du vorgibst zu
sein.“

Omar El Akkad

IN VERBINDUNG BLEIBEN!

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „Global Trouble“ heißt unser Podcast und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

medico.de/verbinden

